

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfspaltige Pentzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 243.

Donnerstag, den 16. Oktober 1913.

20. Jahrg.

## Wer sich sein Wahlrecht zur Lübecker Bürgerschaft sichern will, sehe sofort die Wählerlisten ein.

Hierzu eine Beilage.

### Zur Strafrechtsreform.

Die Strafrechtskommission, die zur Beratung des Vorentwurfs eines neuen Strafgesetzbuchs niedergesetzt war, hat ihre 2½-jährige Tätigkeit beendet. Die ganze Materie wurde in zwei Lesungen behandelt. Der Entwurf geht nun an die Bundesregierungen, die ihn in drei Jahren bewältigen sollen, so daß Anfang 1917 der Reichstag den definitiven Entwurf erhalten könnte. Wie dort die Dinge laufen werden, läßt sich jetzt natürlich noch nicht sagen.

Ueber die in der letzten Sitzung der Strafrechtskommission behandelten Fragen teilt der „Reichsanzeiger“ folgendes mit:

Im Abschnitt Beleidigung ist das Höchstmaß der Geldstrafe auf 10 000 Mark festgesetzt und für besonders schwere Fälle Gefängnis bis zu drei Jahren angedroht. — Bei der Verleumdung soll die Strafe Gefängnis nicht unter 1 Monat betragen. — In der Vorschrift über die Wahrnehmung berechtigter Interessen soll es dabei verbleiben, daß Äußerungen zur Wahrnehmung berechtigter öffentlicher Interessen straflos sind, wenn der Täter sich nachweislich in entschuldigbarem guten Glauben an die Wahrheit der Äußerung befunden hat. — Wegen Verletzung fremder Geheimnisse soll bestraft werden, wer vorsätzlich über Angelegenheiten des häuslichen oder Familienlebens eines anderen, die das öffentliche Interesse nicht berühren, eine ehrenrührige Tatsache öffentlich behauptet oder mitteilt, die Strafe ist auf Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu 1000 Mark festgesetzt worden. Eine Beweisaufnahme über die Wahrheit der Behauptung oder Mitteilung soll überhaupt nicht, also auch nicht auf Verlangen des Beleidigten stattfinden. Im übrigen soll die Vorschrift nur zur Anwendung gelangen, wenn ein Strafantrag gestellt wird, der sich auf das Verlangen einer Bestrafung gerade wegen dieses Vergehens beschränkt.

Im Abschnitt „Angriffe gegen das Eigentum“ sind bei Diebstahl, Unterschlagung und Raub auch die Fälle berücksichtigt, wo der Täter die Sache nicht sich selber, sondern einem Dritten zuzueignen beabsichtigte. Der Diebstahl und die Unterschlagung zwischen Ehegatten ist in Rückkehr zum geltenden Rechte straflos erklärt.

Am Schlusse der Beratungen des Besonderen Teils für Verbrechen und Vergehen hat sich die Kommission dem seither zurückgestellten Abschnitt über den Landesverrat zugewendet. Da die militärische Spionage in dem zurzeit dem Reichstage vorliegenden Entwurf eines Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse einer gesetzlichen Neuregelung unterzogen werden soll, hat sich die Kommission auf das verbleibende Gebiet des Landesverrats beschränkt. Die einzelnen Tatbestände, die sämtlich zu Weltverbrechen erklärt sind, umfassen den Verrat und die Auspähung von Staatsgeheimnissen, landesverräterische Beweisvernichtung und Untreue, Herbeiführung einer Kriegsgefahr, Waffenhilfe und Begünstigung des Feindes sowie Nichterfüllung von Verträgen über Kriegsbedürfnisse. Im einzelnen ist zu bemerken, daß der Schutz gegen Verrat und Auspähung sich auf Schriften, Zeichnungen, andere Gegenstände und Nachrichten erstreckt, deren Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist. Neu ist eine Vorschrift, wonach bei Bestrafung wegen Landesverrats das Entgelt, das der Täter für seine Tat empfangen hat, oder dessen Wert für verfallen zu erklären ist. Die in erster Lesung eingearbeitete Vorschrift gegen staatsgefährliche Mitteilungen über Prozesse ist — unter Beschränkung auf vorsätzliches Handeln — in dem 8. Abschnitt (Angriffe gegen die Staatsgewalt) eingeleitet.

Im Zweiten Buche, das die Übertretungen behandelt und das ebenso wie das Erste Buch einen Allgemeinen und einen Besonderen Teil erhalten hat, ist zunächst klar gestellt, daß vorbehaltlich besonders bestimmter Ausnahmen die Vorschriften des Allgemeinen

Teils des Ersten Buches auch für Übertretungen gelten, soweit sie nicht ausdrücklich nur für Verbrechen oder Vergehen bezogen werden können. Die Strafdrohung ist für Übertretungen einheitlich auf Haft bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu 500 Mark festgesetzt; Ausnahmen sind nur bei der Gewerbsunzucht und bei der Arbeitsweigerung zugelassen, wo ausschließlich Haft angedroht wird. In besonders leichten Fällen soll der Richter bei allen Übertretungen von Strafe absehen dürfen; Versuch und Beihilfe sind ausdrücklich für straflos erklärt.

Nachträglich zu berichten ist noch über die Ergebnisse der Beratungen zur Rehabilitationsfrage, deren abschließende Erörterung von der Kommission zurückgestellt war. Neben der Wiedereinsetzung in die bürgerlichen Ehrenrechte hatte die Kommission in erster Lesung, hierin dem Vorentwurf folgend, noch eine Lösung des Registriervermerks vorgesehen, die sich der Verurteilte durch andauernde gute Führung verdienen konnte und deren Wirkungen darin bestanden, daß eine Auskunft über den Vermerk nur den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und den höheren Verwaltungsbehörden erteilt werden durfte. Daneben war mit Beschränkung auf Jugendliche eine erweiterte Rehabilitation neu geschaffen, die zur völligen Tilgung der Verurteilung führte. In zweiter Lesung haben diese Vorschriften einen bedeutsamen Ausbau erfahren. Es ist der Gedanke durchgedrungen, daß die vollen Wirkungen der Rehabilitation künftig allen Verurteilten, Jugendlichen und Erwachsenen, zugänglich sein sollen. Vorausgesetzt wird, daß der Verurteilte sich längere Zeit ehrenhaft geführt und einer besonderen Berücksichtigung würdig gezeigt hat. Nach Ablauf dieser Zeit, die bei Jugendlichen zehn, bei Erwachsenen zwanzig Jahre beträgt, kann das Gericht anordnen, daß die Verurteilung fortan als nicht geschehen zu behandeln ist. Auf Grund der Anordnungen müssen alle amtlichen Aufzeichnungen über die Verurteilung (Akten, Registriervermerke usw.) vernichtet werden; der Verurteilte soll das Recht haben, jede Auskunft über die Tat und Strafe zu verweigern. Die nötigen ergänzenden Vorschriften zum Schutze des Rehabilitierten gegen etwaige Mißstellung in Prozessen werden in den Verfahrensregeln zu geben sein. Schon vor der eigentlichen Rehabilitation, und zwar nach Ablauf der halben Frist, darf das Gericht die Lösung der Strafe in den amtlichen Listen anordnen. Die Anordnung, die bei schlechter Führung innerhalb eines beschränkten Zeitraumes widerrufen werden kann, hat die Wirkung, daß eine Auskunft über die gelöste Strafe nur den Gerichten, der Staatsanwaltschaft und den höheren Verwaltungsbehörden, und auch ihnen nur auf ausdrückliches Ersuchen, erteilt werden darf; in Führungs- und Reumundzeugnissen dürfen auch die nur vorläufig gelösten Strafen nicht mehr erwähnt werden.

Nach Schluß der zweiten Lesung hat die Kommission den Besonderen Teil für Verbrechen und Vergehen sowie die Übertretungsvorschriften im einzelnen redigiert und schließlich den fertiggestellten Entwurf im ganzen noch einer letzten sachlichen Nachprüfung unterzogen. Dabei sind insbesondere vereinzelte Unstimmigkeiten gehoben, die Strafrahmen miteinander verglichen und die Systematik endgültig festgestellt worden.

### Politische Rundschau

Deutschland.

Das amtliche Wahlergebnis in Dresden-Neustadt.

Nach der amtlichen Zählung wurden bei der Nachwahl im 4. sächsischen Reichstagswahlkreis abgegeben 56 441 gültige Stimmen. Davon erhielten Arbeitersekretär Buck-Dresden (Soz.) 31 202, Landwirt Dr. Hartmann-Katesock (kons.) 14 240 und Rechtsanwalt Klöppele-Blasewitz (Fortschr. Bp.) 10 979 Stimmen. Zerplittert waren 20 Stimmen. Buck ist somit gewählt.

Erbschaftssteuer des preussischen Landtags?

Vor kurzer Zeit ist offiziös mitgeteilt worden, daß das preussische Staatsministerium darin einig sei, daß der Landtag erst im Januar zusammentreten solle. Wie nun aber die „Frankfurter Ztg.“ meldet, wird sich eine Einbe-

rufung des Landtages noch vor Weihnachten doch nicht umgehen lassen. Die preussische Regierung soll nämlich beabsichtigen, den § 359 der Reichsversicherungsordnung in Anwendung zu bringen. Danach kann die Landesregierung den auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich oder mit Anrecht auf Ruhegehalt angestellten Krankenkassenbeamten die Rechte und Pflichten der staatlichen oder gemeindlichen Beamten übertragen. Die Folge würde eine besondere Regelung des Disziplinarrechts dieser Beamten sein, die auf Grund eines Gesetzes zu erfolgen hätte.

Wenn dieses Gesetz rechtzeitig fertig werden soll, dann muß allerdings der Landtag noch vor Weihnachten zusammentreten. Die preussische Regierung will eben die zu Kassenbeamten gewählten Sozialdemokraten vor die Wahl stellen, entweder der Partei den Rücken zu kehren oder auf ihr Amt zu verzichten. Daß der preussischen Regierung diese Kleinlichkeit zuzutrauen ist, darüber dürften Meinungsverschiedenheiten nicht bestehen. Immerhin muß man verlangen, daß die amtlichen Stellen baldigst sich zu diesem neuesten reaktionären Streich äußern.

Eine derbe Abfuhr Bethmann-Hollwegs.

Die alldeutsche „Post“ antwortet außerordentlich maßlos auf die offizielle Erklärung zur Welfenfrage, in der Bethmann-Hollweg versichert, der Vorwurf, daß in der Welfenfrage hohenzollernsche Hauspolitik getrieben werde, könne „nicht scharf genug zurückgewiesen werden“. Die „Post“ schreibt:

„Wir möchten feststellen, daß die Zurückweisung daneben haut und nichts wie ein Luftkissen ist. Der Kaiser ist verfassungsmäßig nicht verantwortlich. Verantwortlich für die Reichsregierung ist der Herr Reichskanzler und für die preussische Regierung das Ministerium, an dessen Spitze als Präsident der Reichskanzler steht. Der Vorwurf, den der „Hannoversche Courier“ gemacht hat, kann sich also nur gegen einen einzigen verantwortlichen Beamten im Reiche, den Reichskanzler, richten. Der Reichskanzler aber treibt mit dieser Erklärung das bedauerliche Spiel, das wir in der letzten Zeit nur zu oft haben bekämpfen müssen. Anstatt sich vor den Kaiser hinzustellen und die Verantwortung für die augenblickliche Regierungspolitik zu übernehmen, versteckt er sich hinter den Kaiser und versucht die an sich nur zu berechtigten Angriffe auf die augenblickliche Regierungspolitik dadurch abzuschwächen bzw. unmöglich zu machen, daß er behauptet, sie richte sich gegen die Person des Kaisers. Die Person des Kaisers ist, soweit wir gesehen haben, nirgendwo in die Erörterung hineingezogen worden. Die Methode, die jetzt von so hoher Stelle angewandt wird, ist verwerflich. Sie handelt gegen die Verfassung und schädigt den monarchischen Gedanken.“

Was den Inhalt des Vorwurfs anbetrifft, so bleibt für den, der mit der gesamten nationalen Öffentlichkeit der Meinung ist, daß sogenannte „Garantien“ überhaupt nicht vorhanden sind, und die staatsrechtliche Lage sich nicht im geringsten geändert hat, keine andere Erklärung übrig, als daß der verantwortliche Beamte tatsächlich mehr die Interessen des hohenzollernschen Hauses als die des Reiches wahrnimmt. Natürlich kann er dabei subjektiv der Meinung sein, beiden Herren zu gleicher Zeit gut dienen zu können. In der Auffassung der gesamten gut preussisch und reichstreuen öffentlichen Meinung der Nation und der ihres höchsten verantwortlichen Beamten klafft allerdings ein Widerspruch, der ein gedeihliches Zusammenarbeiten sehr erschwert und das so wünschenswerte Vertrauen zwischen Volk und Kanzler kaum aufkommen läßt.“

Stille Frage.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ richtet an den Reichskanzler folgende Frage:

„Würde der Prinz Ernst August auf Grund seines Fahneneides und seines Briefes vom 20. April, also ohne Verzicht für sich und seine Nachkommen auf Hannover im Sinne der von den Kaisern Wilhelm I. und Wilhelm II. verlangten Bundesratsbeschlüsse, auf den Thron von Braunschweig zugelassen werden — wenn er nicht des Kaisers Tochter geheiratet hätte?“

Die „Post“ behandelt den Kanzler wie einen Schuhputzer, der die Stiefel nicht blank genug gegläntzt hat. Das patriotische Kadaverblätchen sagt: „Erkennt denn der Kanzler nicht den Hohn, mit dem ihn eine kleine selbstsüchtige Partei, die bei einigermaßen vernünftiger Politik so leicht zum Schweigen zu bringen wäre, ausgiebig überschüttet? Fühlt er nicht die Schläge, die ihm jene herzoglichen Gesolgsmänner fortgesetzt verabreichen? Das aber sind die Folgen einer Politik, welche leichtfertig und feige die höchsten und heiligsten Güter einer ganzen Nation dynastischen Sonderinteressen zuliebe auf dem Altare des Vaterlandes opfert.“

#### Attentats-Angst.

Je näher der Tag heranrückt, an welchem der große patriotische Rummel in Leipzig vor sich geht, desto ängstlicher und nervöser scheint die sächsische Polizei zu werden. In Leipzig hat man bereits Kanäle untersucht, und in Dresden ist ein Fremder verhaftet worden, dem man eigentümlich nichts weiter nachlagern kann, als daß er im Hotel ein Zimmer mit Aussicht nach der Prager Straße und eine Eintrittskarte zum Hoftheater verlangt hatte. Das war Anlaß, das Zimmer des Fremden einer genauen Durchsuchung zu unterziehen, die ein negatives Resultat ergab. Während aber der Mann im Residenztheater saß — ein Billet für das Hoftheater hatte man ihm nicht verabreicht — untersuchte man in der Garderobe seinen Überzieher und fand darin einen Revolver, der mit sechs Patronen geladen war, sowie einen großen scharfgeschliffenen Dolch. Die Polizei hat bisher nicht feststellen können, wer der Fremde ist; sie vermutet aber, daß es sich nicht um einen Russen, sondern um einen Berliner Studenten handelt. Die Polizei hat offenbar besüchtigt, daß der Fremde ein Attentat auf den russischen Großfürsten Kyriell, der nach Dresden zu Besuch kam, ausüben wollte.

#### Wieder ein interessanter Zentrums-Parteitag.

Auf dem Parteitag des Zentrums für den Bezirk Koblenz kam es wieder zu interessanten Szenen, die davon Kunde geben, daß es um das Fundament der Zentrumsparthei nicht zum besten bestellt ist. In seinem Geschäftsbericht beklagt der Sekretär Jörg, daß die Landtagswahlbeteiligung schlecht gewesen sei; besonders sei das Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zu bedauern. Arbeiter, die als gute Katholiken sich bezeichnen, gehörten den sozialdemokratischen Gewerkschaften an und wählten rot. Es sei ihnen gesagt worden, den christlichen Gewerkschaften dürften Katholiken nicht angehören; das sei kürzlich verboten, während die Zugehörigkeit zu den freien Gewerkschaften nirgends verboten sei. Dann kam der Zentrumsstreit an die Reihe. Abg. Marx bezeichnete es als eine schwere Gefahr für die Partei, daß von gewisser Seite systematisch das Vertrauen zum Zentrum und zu seinen Führern untergraben werde. Er wies schlagend nach — so heißt es in der „Kölnischen Volkszeitung“ —, daß dies in unverantwortlicher Weise von den Quertreibblättern: „Katholisches Deutschland“, „Deisterreichisch-Katholisches Sonntagsblatt“ und „Petrusblätter“ geschehe. „Sehen die bezeichneten Blätter ihr Treiben fort, dann sind wir am Anfang vom Ende. Die Verantwortung tragen die, welche solche Dynamitbomben am Zentrumssturm legen.“ — Trimborn schloß sich diesen Ausführungen voll an. Dann ließ er sich mit dem Abg. Marx vom Parteitag ein Vertrauensvotum ausstellen.

#### Die Sacarabische Großindustrie gegen das Reichstagswahlrecht.

Generalsekretär Dr. Schlenker, der Nachfolger Alexander Tilles im süddeutschen industriellen Verband, hat eine Broschüre erscheinen lassen, die sich gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht richtet. Dr. Schlenker empfiehlt: Beilegung der geheimen Wahl oder Einführung einer längeren Anwartschaftszeit. Wie in einigen Landtagswahlen die Ausübung des aktiven Wahlrechts an einen längeren Wohnsitz in der Gemeinde gebunden ist, so soll auch beim Reichstagswahlrecht die Ausübung des Wahlrechts von einer solchen längeren Anwartschaft abhängen. Das passive Wahlrecht will er unter allen Umständen an die Voraussetzung einer fünf- oder zehnjährigen Anwartschaft des Kandidaten im Wahlkreise gebunden sehen. Damit noch nicht zufrieden, verlangt Schlenker, daß dem Reichstage ein Reichsoberhaus an die Seite gesetzt wird, so daß, wenn trotz aller reaktionären Einschränkungen des Wahlrechts noch ein oppositioneller Reichstag zustande kommt, das Oberhaus bremsen kann.

Es scheint in diesen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht ein gewisses System zu liegen. Er kürzlich war es der Sekretär der Handelskammer in Götting, der eine Broschüre gegen das geltende Wahlrecht veröffentlichte, und nun kommt ein anderer Vertreter der Großindustrie, der in dieselbe Kerbe schlägt. Wenn den Herren an einem Tanz um das allgemeine Wahlrecht gelegen ist — warum nicht? Das Volk wird ihnen schon aufspielen.

#### Das „Bauernlegen“ in agrarischer Beleuchtung.

Das in einzelnen Teilen Schlesiens in großem Maßstabe betriebene Bauernlegen und die scharfe Kritik, die an dieser Erscheinung geübt wurde, hat der „Deutschen Tageszeitung“ Veranlassung gegeben, sich einmal näher mit dieser Frage zu beschäftigen. Das agrarische Blatt führt diese Erscheinung zurück auf die Leutenot auf dem Lande, die dem Bauern solche Schwierigkeiten bereite, daß er seinen Reiz lieber verliere, um in der Stadt als Rentier zu leben. Die „Deutsche Tageszeitung“ wirft, nachdem sie die Leutenot eingehend geschildert hat, die Frage auf:

„Ist es dann ein Wunder, wenn die Laster, die die Ritter in ihrem schweren Beruf frühzeitig altern ließ, lieber keinem Bauern die Hand zum Ehebunde reicht, sondern es vorzieht, an der Seite eines Beamten, eines Lehrers oder eines städtischen Gewerbetreibenden ein ruhigeres, minder dornenvolles Leben zu führen? Die Bauernböhne finden oft kein Mädchen, das ihnen als Bauersfrau auf den väterlichen Hof zu folgen bereit ist. Aus diesem Grunde erlöst man es denn, wie an sich wohlhabende Bauern, lieber den Entschluß fassen, sich

von der väterlichen Scholle zu trennen und in beschaulicher Ruhe als Rentiers ihr Dasein in der Stadt zu beschließen. Solche bäuerliche Besitzer wenden sich naturgemäß sehr oft in erster Linie an die benachbarten größeren Besitzer und bieten ihnen ihr Besitztum zum Kaufe an. So kommt heutzutage beinahe immer das von der demokratischen Presse mit bewußter Absicht entstellte „Bauernlegen“ zustande.“

An der Tatsache des Bauernlegens wird durch diese gewundene Darlegung des agrarischen Blattes durchaus nichts geändert.

#### Die Kirche steht über dem Staat.

Ein badisches Zentrumsblatt, das „Echo vom Hochsifst“, ist so von der Macht des Zentrums überzeugt, daß es die Herrschaft der Kirche über den Staat wieder proklamiert. Es schreibt: „Wenn aber die Kirche nicht unter, nicht neben, nicht gegenüber dem Staate steht, wo steht sie dann? Sie steht über ihm. So gewiß der Himmel über der Erde steht, so gewiß das Ewige, Heilige, Unsichtbare höher ist, als das Vergängliche, Eitliche, Sichtbare, und so gewiß der Herr der Herrlichkeit, vor dem alles Erschaffene in den Staub sinkt, mehr ist, als die Gewaltigen, die er erhebt und wieder vom Stuhle stößt, so gewiß steht die Kirche über dem Staate. Denn die Zwecke der Kirche sind höher als die des Staates. . . . Aus allen diesen Gründen steht die Kirche höher als der Staat.“

#### Landtagswahlwahl in Schwarzburg-Rudolstadt.

Im Wahlkreis Frankenhausen-Land, den der Genosse Röhl im Landtag vertritt, macht sich eine Erziehung nötig, da Genosse Röhl nach Gardelegen zieht und deshalb sein Mandat niederlegen muß. Bei der Nachwahl wird unsere Partei alle Kräfte anzuspinnen haben, um das Mandat zu halten, denn der Kreis Frankenhausen-Land wurde 1912 zum ersten Male von uns mit 482 gegen 462 bürgerliche Stimmen gewonnen.

#### Die Sozialdemokraten im Präsidium des sächsischen Landtages

sind den Konservativen ein Vorn im Auge. Nach verschiedenen Versuchen, die Nationalliberalen für das Hindrängen der Sozialdemokraten zu gewinnen, hat die konservative Fraktion der Zweiten sächsischen Kammer jetzt beschlossen, auf den Posten des ersten Präsidenten, den sie bisher für sich beanspruchte, zu verzichten und sich mit dem Posten des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers zu begnügen. Da die Nationalliberalen den Anspruch der Konservativen auf den Vizepräsidentenposten anerkennen, würde der Zweck, die Sozialdemokraten fernzuhalten, erreicht sein.

#### Holland.

Protestbewegung gegen die Wohnungsnot in Amsterdam. Unter Führung unserer Partei haben in Amsterdam sämtliche Arbeitervereine — auch die katholischen und die evangelischen — eine Protestbewegung gegen die herrschende Wohnungsnot eingeleitet. Das jetzt heimgegangene klerikale Kabinett hat als eine seiner letzten reaktionären Taten noch den Beschluß gefaßt, das Verlangen der Stadt Amsterdam, einer Betrag von 1½ Millionen Gulden als Bausumme sieben Wohnungsbauvereinen zur Verfügung zu stellen, abzulehnen. Als Grund der Ablehnung hat das Kabinett angegeben, die Art der geplanten Wohnungen sei zu kostspielig; in Wirklichkeit erfolgte die Ablehnung aber, weil die Regierung dem privaten Baugeschäft nicht mit Staatsgeldern Konkurrenz machen will. Gegen diese Verfügung richtet sich nun die Protestbewegung der Arbeitervereine. Gefordert wird auch von der Gemeindevertretung, die endliche Ausführung des vor mehr als zwei Jahren eingereichten sozialdemokratischen Antrags, die Stadt möge zweitausend Wohnungen herstellen lassen. Daß auch die gesamte religiöse Arbeiterbewegung sich gegen eine Verfügung des klerikalen Kabinetts und für eine sozialdemokratische Vorlage ins Zeug legt, ist ein seltenes Schauspiel. Es ist ein Zeichen, wie sehr das Wohnungselend auch den von der Kirche geführten Arbeitern das Mark aus den Knochen saugt.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 16. Oktober.

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins, die gestern abend im Gewerkschaftshaus tagte, war gut besucht. Zunächst wurde das Andenken des verstorbenen Genossen Schmidt in der üblichen Weise gelehrt. Dann gab Genosse Bromme die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme belief sich auf 593,64 Mk., der eine Ausgabe von 507,73 Mk. gegenüberstand. Am Schluß des 3. Quartals war ein Kassenbestand von 1239,49 Mk. vorhanden. Die Mitgliederzahl stieg von 5895 auf 6017. Den Bericht der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion gab Genosse Stellung. Redner wies zunächst darauf hin, daß die Arbeiten der Bürgerchaft uns nicht befriedigen können. Es mangelt in Lübeck an sozialem Geist einer großzügigen Politik; an deren Stelle werde eine von Rämerngeit diktierte Interessenpolitik betrieben. Das sei eine Folge des schädigen Wahlrechts, unter dem Lübeck's werktätige Bevölkerung leide. Deshalb habe auch die Fraktion in der Berichtsperiode den Kampf gegen dieses Wahlrecht aufgenommen; leider erfolglos. Die bürgerliche Mehrheit sei jedem Gerechtigkeitsgefühl abhold. Nach einer Schilderung der Finanzlage Lübeck's kritisierte Redner das Bestreben der herrschenden Klassen, die Bezahlten zum nicht geringen Teil auf die Schultern der Nichtbezahlten abzuwälzen. Das sei in die Erscheinung getreten bei der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer, bei der Erhöhung des Wajergeldpreises und der Gasmeßermiete. Die Zuschlagswirtschaft sei zu verwerfen. Zum neuen Steuergesetz übergehend, behandelte Redner die Stellung der Fraktion zur Alleinstehenden- und Bewohnereinkommensteuer und würdigte die Gründe der Fraktionsmehrheit und -minderheit. Es handele sich hier nicht um eine prinzipielle, sondern um eine Budgetmäßigkeitfrage. Die Fraktion habe jederzeit die Interessen der Staatsarbeiter, der Angestellten und der unteren Beamten vertreten; sie habe mit Nachdruck eine bessere Entlohnung und eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Hier habe die Bürgerchaftsmehrheit jedoch stets versagt. Dennoch sei das Drängen der Fraktion nicht vergebens gewesen; schließlich hätten sich die Behörden doch gezwungen gesehen,

einem Teil unserer Wünsche zu entsprechen. Daß selbst Verbote für einen erhöhten Arbeitswillensdruck eingetrieben seien, sei kennzeichnend für den Liberalismus dieser Herren. Die jetzt bereits bestehende Arbeitslosigkeit, die im Winter noch einen wesentlich erhöhten Umfang annehmen wird, habe die Fraktion veranlaßt, sofortige Maßnahmen gegen dieselbe, sowie die Einführung der Arbeitslosenversicherung zu fordern. Zur Teuerung in den Jahren 1911 und 1912 hatte die Fraktion durch Initiativanträge Stellung genommen. Dilem Vorgehen sei es zu verdanken, daß die Einführung von russischem Fleisch, sowie der Fischverkauf durch das Polizeiamt erfolgt sei. Das mangelnde soziale Empfinden der Bürgerchaftsmehrheit tritt grell in die Erscheinung bei der Neuordnung des Armenwesens, bei der Schaffung des Obdachlosenazyls und bei der Erhöhung des Kostgeldtarifes im Krankenhaus. Auf dem Gebiete des Schulwesens habe die Fraktion moderne Forderungen, u. a. die Abschaffung der Vorklassen, die Schaffung der Einheitschule, erhoben. Aber auch hier habe die Mehrheit total versagt. Die Schaffung eines Einheitspreises für Gas bedeute nur eine Verteuerung des hauptsächlich von den unteren Volksschichten konsumierten Heizgases; hiergegen habe sich die Fraktion mit aller Energie gewandt. In der Frage des Wohnungswesens seien wesentliche Vorstöße unternommen worden durch die Forderung auf staatsseitige Erbauung von Arbeiterwohnhäusern, Ausbau der Wohnungspflege und Ausdehnung derselben auf das Landgebiet. In den Eingemündungs- und Verkehrsfragen, sowie in allen übrigen Punkten sei stets die Fraktion die Drängerin gewesen. Während die Sicherung des Wahlgeheimnisses bei den Bürgerchaftswahlen auf unsere Forderung hin erfolgen soll, habe man die Einführung der Sonntagswahlen abgelehnt. Zum Schluß geißelte Redner noch scharf das Verhalten der Mehrheit gegenüber der Fraktion bei den Bürgerchaftswahlen und Kommissionswahlen und forderte zur regen Propaganda für die Bürgerchaftswahlen auf. Es müsse uns gelingen, auch den 13. Sitz (Wahltag) zu erobern. Dieser Wahlkampf sei ein Wahlrechtskampf. Deshalb müsse jeder auf dem Posten sein und dafür sorgen, daß sich auf die sozialdemokratischen Kandidaten eine enorme Stimmenzahl vereinige. Das sei der Protest gegen die Wahlrechtschande in Lübeck. (Lebhafte Beifall.)

In der Debatte wünschte Genosse Schmidt eine schärfere Bekämpfung des Wohnungselends und kritisierte weiter, daß die Fraktion in mehreren Fällen bei der Abstimmung nicht einmütig gewesen sei. Genosse Dr. Schömer verteidigte seine Haltung in der Ledigensteuerfrage. Selbstverständlich wäre die Fraktion in allen grundsätzlichen Dingen einig; da, wo es sich um reine Zweckmäßigkeitfragen handelte, könnten Meinungsverschiedenheiten eintreten. Das sei gar nicht schlimm. Bezüglich des Wohnungselends sei es der Fraktion nur angenehm, wenn ihr von den Genossen Material entgegengebracht werde. Genosse G. Ehlers hebt hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion auch darauf zurückzuführen seien, daß die in Frage stehenden Beratungsgegenstände ihr nicht vorher zur Diskussion vorgelegen haben. Genosse Kahlke ist gegen die Alleinstehendensteuer und wünscht, daß eine Zerspaltung innerhalb der Fraktion möglichst vermieden wird. Vielen Erfolg habe die zweifelhafte eifrige Arbeit der sozialdemokratischen Bürgerchaftsfraktion infolge der ganzen Zusammensetzung des Vierklassenparlaments nicht erzielen können, deshalb sei zu erwägen, ob man nicht zum Protest gegen das schmachvolle Wahlrecht einmal ganz von der Beteiligung an der Bürgerchaftswahl abstehe. Dagegen wandte sich Genosse B. Löwig entschieden. Die Arbeiterschaft würde töricht sein, wenn sie sich selbst des Einflusses begeben würde, den sie in der Bürgerchaft trotz der verhältnismäßig kleinen Zahl ihrer Vertreter ausübe. In vielen Fällen bilde die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerchaft das Jünglein an der Waage; sie könne so schlechtes Geschehen verhindern helfen und die Annahme besserer mitbewirken. Deshalb ist es notwendig, dafür zu sorgen, daß die Zahl unserer Stimmen gewaltig wächst und unsere Mandate wenigstens um diejenigen der vierten Klasse vermehrt werden. In seinem Schlußwort ging Genosse Stellung kurz auf die Ausführungen verschiedener Diskussionsredner ein.

Dann wurde zur Aufstellung der Kandidaten geschritten. Zum Kandidaten für das Landgebiet in der dritten und vierten Wählerklasse wurde Genosse Stellung nominiert. Im Bezirke St. Lorenz-Süd wurde Genosse Böger, in St. Jürgen Genosse Möller wieder aufgestellt. Die Nominierung dieser Genossen erfolgte auf Anregung aus der Mitte der Versammlung durch Handaufheben. Da Genosse Effinger es aus Gesundheitsrücksichten ablehnt, in der zweiten Wählerklasse wieder zu kandidieren, mußte in St. Lorenz-Nord ein neuer Kandidat aufgestellt werden; gleichfalls war es notwendig für den Fall, daß Genosse Stellung in der vierten Klasse gewählt wird, im St. Gertrud-Bezirk einen anderen Kandidaten zu bestimmen. Die Parteileitung schlug für diese Kandidaturen die Genossen Radde und Henze vor. Aus der Mitte der Versammlung wurden noch die Genossen Both und Schmidt vorgeschlagen. Die nunmehr mittelst Stimmzettel erfolgte Abstimmung ergab für Radde 141, Henze 130, Both 106, Schmidt 76 Stimmen. Genosse Radde ist somit in St. Lorenz-Nord, Genosse Henze in St. Gertrud aufgestellt. In der ersten Wählerklasse sollen die Genossen Böger, Henze, Effinger, F. Lecke, F. Möller, G. Meyer, J. Reppenhagen und A. Weitendorf als Kandidaten fungieren. Der Vorstehende, Genosse Löwig, forderte im Anschluß hieran auf, daß jeder Arbeiter Einsicht in die Wählerlisten nehmen möge. Wer nicht in der Wählerliste steht, hat kein Wahlrecht. In Berücksichtigung des Vorstehenden darauf hin, daß am Sonntagvormittag im Gewerkschaftshaus eine große Volksversammlung stattfindet, in der Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Weill über den Wählerwahlstrummel und die Wahrheit von 1813 referieren wird. Es sei notwendig, diese Versammlung zu einer Massenkundgebung zu gestalten. Genossin Schömer gab bekannt, daß kurz vor den Bürgerchaftswahlen sich eine Frauerversammlung mit unserer Kommunalpolitik befaßt wird. Rednerin ist Genossin Breitscheid. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Bürgerauschuss bewilligte gestern 2200 Mk. für die Instandsetzung der im ersten und zweiten Obergeschloß des ehemaligen Güterabfertigungsgebäudes am alten Bahnhof gelegenen Räume für Schulzwecke. Die vom Senat beantragte Beschaffung eines Motor-Fährbootes für die Stadtfähre lehnt der Bürgerauschuss ab, richtete aber an den Senat das Ersuchen, der Bürgerchaft eine Vorlage entgegenzubringen, durch welche der Baudeputation für die Beschaffung eines gedeckten Fährbootes für die Stadtfähre 14200 Mark zur Verfügung gestellt werden. Die erst vor kurzem mit einem Kostenaufwande von 183300 Mk. fertiggestellte Viehverkaufshalle am Nordende der St. Lorenzbrücke ist bereits jetzt schon zu klein. Der Bürgerauschuss sprach sich gestern gutachtlich dafür aus, daß eine Erweiterung der Verkaufshalle vorgenommen wird, die 68000 Mk. kosten soll. Dem Senat entgegengebracht wurde der von Schneider gestellte Antrag, der um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über die den Lübeckischen Staatsbeamten für Dienstreisen zu gewährenden Reisekosten und Tagegelde sowie Umzugskosten ersucht.

Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mark an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache. Die Kommission des Bürgerausschusses für Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Gewährung eines Darlehens von 80 000 Mark an den Verein zur Fürsorge für Geisteschwache empfiehlt dem Bürgerausschuß, die Senatsvorlage abzulehnen und dagegen folgende Ersuchen an den Senat zu richten: 1. Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, das Finanzdepartement anzuweisen, dem Verein zur Fürsorge für Geisteschwache unentgeltlich einen angemessenen Teil des Grundstücks der ehemaligen Zerkenanstalt, welcher an das dem Verein überlassene Grundstück in der Klosterstraße ansetzt, und die darauf befindliche Baracke für die Zwecke des Vereins bis zur Fertigstellung des Neubaus der Idiotenanstalt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. 2. Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, dem genannten Verein ein 1 Hekt. großes Terrain, westlich der Heilanstalt Strecknitz am Mönchhofweg gelegen, zum Bau einer von ihm geplanten Anstalt unentgeltlich zur Verfügung zu stellen und dieses Terrain durch einen Fußweg am Grundstück der Heilanstalt Strecknitz entlang mit der Rakeburger Allee in Verbindung zu bringen. 3. Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, wegen weiterer staatlicher Unterstützung des Vereins durch Gewährung einer Hypothek für den vom Verein geplanten Neubau mit dem Verein in Verbindung zu treten und zu veranlassen, daß bei Gewährung einer solchen Unterstützung in den Vorstand ein vom Senat auf Vorschlag des Bürgerausschusses gewählter bürgerlicher Deputierter aufgenommen wird. Der Bürgerausschuß beschloß gestern, entgegen der Empfehlung seiner Kommission, die Senatsvorlage zur Mitgenehmigung durch die Bürgererschaft zu empfehlen. Infolge dieser Beschlusfassung kann eine Abstimmung über die von der Kommission unter den Ziffern 2 und 3 beantragten Ersuchen in Wegfall. Das von der Kommission unter Ziffer 1 beantragte Ersuchen beschloß der Bürgerausschuß dem Senat entgegenzubringen.

Anstellung von Schulärzten an den Bezirksschulen. Dem Bürgerausschuß lag gestern folgendes Senatsdekret vor: Bei der Beratung des Senatsantrages vom 5. Oktober 1910, betreffend Bewilligung von Mitteln für die Anstellung von Schulärzten für die Jahre 1911 bis 1913, hat die Bürgererschaft in ihrer Versammlung am 5. Dezember 1910 an den Senat das Ersuchen gerichtet, in Erwägung zu ziehen, ob nicht für die Volksschulen des gesamten Staatsgebietes Schulärzte anzustellen sind. Die Oberstudienbehörde, zur Ausfertigung über dieses Ersuchen aufgefordert, hat die Ausdehnung dieser Einrichtung auf die Bezirksschulen empfohlen, und beantragt, daß ihr zu diesem Zwecke für die Rechnungsjahre 1913, 1914 und 1915 je 2600 Mark, ferner für einmalige Ausgaben im Jahre 1913 1000 Mark bewilligt werden. Das Medizinalkollegium hat vom Standpunkt des öffentlichen Gesundheitswesens diesen Antrag befürwortet. Auch das Finanzdepartement hat Bedenken gegen ihn im übrigen nicht geltend gemacht und nur empfohlen, mit der Anstellung von Schulärzten an den Bezirksschulen nicht sogleich vorzugehen, sondern erst vom Rechnungsjahre 1914 ab die erforderlichen Mittel in das Budget einzustellen. Der Senat konnte sich ebenfalls mit dem Inhalte der Oberstudienbehörde grundsätzlich nur einverstanden erklären; er glaubte jedoch, dem Vorschlage des Finanzdepartements Rechnung tragen zu sollen, und hat hierauf der Bürgererschaft in seiner Mittheilung vom 28. September 1912 Kenntnis gegeben. Demgemäß beabsichtigt der Senat, nunmehr zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft zu stellen: daß der Oberstudienbehörde zur Anstellung von Schulärzten an den Bezirksschulen für die drei Rechnungsjahre 1914, 1915 und 1916 je 2600 Mark und ferner für einmalige Ausgaben im Jahre 1914 1000 Mark zur Verfügung gestellt und daß diese Summen in die Haushaltspläne der betreffenden Jahre eingestellt werden. Der Bürgerausschuß erklärte sich gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgererschaft.

Die Verantwortlichkeit der Berichterstatter. Zu diesem sehr wichtigen Kapitel macht Genosse Niepekohl in Magdeburg in seinem empfehlenswerten Büchlein: Der gute Schriftführer und Berichterstatter folgende Ausführungen, die wir zur Beherzigung unserer Mitarbeiter hiermit zum Abdruck bringen. Es heißt da: „Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Parteizeitungen von eifrigen Polizeiorganen und Staatsanwälten sehr genau gelesen werden. Aus „höheren“ politischen Gesichtspunkten zettelt man große Prozesse gegen die sozialdemokratischen Zeitungen nur selten an. Desto eifriger übt man die Politik der Nadelstiche. Wo immer in einer Parteizeitung Pastoren, Richter, Schulkollegen, Amtsmänner, Lehrer, Gutsbesitzer, Unternehmer angegriffen werden, macht man diese auf die Artikel aufmerksam und legt ihnen nahe, Klage zu erheben. Das geschieht fast immer, wenn einiges, oft Neben-sächlich-es, nicht stimmt, oder wenn gegen die Kritikerin starke Ausdrücke gebraucht wurden. Eine Verurteilung erfolgt fast immer. Entweder erkennt das Gericht, daß der Wahrheitsbeweis nicht vollständig geführt wurde, oder läßt sich auf Führung des Wahrheitsbeweises gar nicht ein und spricht Strafen wegen formaler Beleidigung aus. Verdoppelt wird der Redakteur also meist auf jeden Fall. Die Gegner schlagen damit zwei Fliegen mit einer Klappe. Denn nicht nur schädigen sie die Zeitung durch die Geldopfer, die die Strafen oder Inhaftierung des Redakteurs verursachen, sondern sie mindern dadurch das Ansehen der Partei und der Parteipresse.“

Die bürgerlichen Zeitungen bringen ohne Mitteilung der näheren Umstände die Verurteilung, und der brave Leser der General-Anzeigerprelle schließt aus der Beurteilung ohne weiteres auf die Schuld des Parteiblattes. Für ihn ist wieder einmal bewiesen, daß die sozialdemokratischen Zeitungen wissenschaftlich verkommen, heken und beleidigen. Das edle Vergnügen der Ordnungsgeliebten, die Arbeiterpresse hineinzulegen und sie in der öffentlichen Meinung herabzusetzen, werden wir nie ganz verhindern können. Aber es auf das mindeste Maß zu beschränken, muß unser Bestreben sein, und die Berichterstatter können das meiste daran tun, indem sie sich gewissenhaft unterrichten und alles ausscheiden, was der Nachprüfung nicht bis ins kleinste Stand hält. Je mehr sie das tun, desto weniger werden sie mit ihrer Redaktion in Konflikt kommen. Weiß der Redakteur, daß der Berichterstatter zuverlässig ist, wird er selten etwas beiseite legen. Andererseits wird aber ein einseitiger Berichterstatter nicht gleich ungehalten, wenn dies dennoch geschieht. Es ist das Amt, die Pflicht des Redakteurs, Vorsicht zu üben. Mehr als den Gerichten muß er sich der Partei gegenüber als „Verantwortlicher“ fühlen. Höher als die Veröffentlichung einer lokalen und selbst wichtigen kritischen Notiz steht das Ansehen der Partei und der Parteipresse.

Die ersten Nachtfröste in diesem Herbst sind nun über das Land gegangen. Wenn die Sonne sich hebt und die Nebel sich langsam zu verzichen beginnen, liegen die grünen Flächen weiß überhäubt da. In der steigenden Sonne schwindet dieser Frosthauch gar bald. Allein das letzte Sommergrün geht an ihm zugrunde, wird unansehnlich, braun und bröckelig. Die Zeit ist gekommen, daß nun auch die letzten Halme und Gräser sterben müssen.

Mit gesteigerter Gewalt hat in diesen Tagen der Laubfall eingeleitet. Der Obstbaum wehte die weißen Blätter zu

Hügeln und Wäldern zusammen, zertrte das Gezweige der Baumkronen kahl und leer und jagte die Altweibersommerfäden um Stamm und Ast. Rascheln umtanzt das welke Laub die blattüberwachten Weisenstiege und unknifert in seinem wilden Wirbeltanze den Fuß des Schreitenden.

Noch ziehen die Wolken träge am Himmel dahin, denn die Spätherbstwetter haben sich noch nicht aufgemacht. Nun streichen auch die letzten Zugvögel südwärts. Die Wildgänse schreien. In langgezogenen Reihen segeln sie in ihrer bekannten Flugordnung hoch in den Lüften dahin. Ueber den Schirmkronen der alten Kiefern lärmen die Krähen. Ihre Zeit ist jetzt gekommen. Wenn die Nebel ziehen und die Flocken fallen, dann erfüllt ihre heiserer Schrei die Winterluft.

Nun werden auch die Tage bald ihre forsche, herbliche Gangart verlieren. Schleichend werden sie kommen und gehen, aus Dämmerung steigen und in Dämmerung versinken, kaum daß sie selbst mehr als Dämmerung sind. Der letzte Glanz will ersterben. Die Winde wehen kalt. Und wenn ein Regen fällt, dann haben seine Tropfen schon etwas Eiskiges, das gleichsam auf den Winter vorbereiten will. In der Stadt selbst aber zeitigen das Elend und die Arbeitslosigkeit der Gegenwart immer greifbarere Bilder.

Das läbliche Bürgerrecht wurde im Monat September von 100 Personen erworben.

Die Volksbildungskurse für dieses Vierteljahr beginnen am 28. Oktober und zwar wird Herr Oberlehrer Breinig an jedem Dienstag über Elektrizität mit Experimenten sprechen, Herr Landrichter Dr. Utermarck vom 6. November ab jeden Donnerstag über Miete, Dienstrecht, Eherecht, Familienrecht, Erbrecht, Prozeßrecht (insbesondere Mahnverfahren). Beide Kurse finden 1/2 Uhr abends in der Ernestinenschule statt; sie sind so eingerichtet, daß jeder ihnen folgen kann. Die Karten kosten für jeden Kursus von 6 Vorlesungen 75 Pfg. und sind zu erhalten beim Schulwärter der Ernestinenschule, Herrn E. Boldt, Schützenstraße 56 und Herrn Johs. Stellung, Johannisstraße 46.

Für Radfahrer. Der von der Israelsdorfer Allee nach der Wulfsstraße über das Burgfeld führende Radfahrweg ist etwa 20 Meter näher an die Wulfsstraße verlegt worden. Ferner ist der Radfahrweg über die Straßenecken „Am Burgfeld—Wulfsstraße“ und „Wulfsstraße—Kaiser-Friedrichstraße“ aufgehoben worden.

Konturseröffnung. über das Vermögen des Restaurateurs C. H. J. Kuse in Lübeck, Lachsweg-allee Nr. 39, ist am 15. Oktober 1913, nachmittags 12.50 Uhr das Konturverfahren eröffnet worden. Der Rechtsanwalt Dr. Kähler in Lübeck wurde zum Konturverwalter ernannt.

pb. Ein Betrüger. In einem hiesigen Hotel hatte sich ein Schwindler unter dem Namen Steffen aus Berlin einlogiert, der in einem in einer hiesigen Zeitung veröffentlichten Inserat einen jungen Mann, gleich welchen Standes, als Vertreter zu engagieren suchte. Auf Grund dieses Inserates meldeten sich bei ihm im Hotel eine große Anzahl Stellensuchender, die dann erfuhren, daß der Inserierende, ein 17-jähriger Jüngling, gegen Entgelt Vertreterstellen für eine Buoißonwärfelfabrik „Halsfax“ in Berlin zu vergeben hatte. Ein Tischlergeselle ließ sich überreden, ihm 12 Mk. für seine Anstellung als Vertreter der Fabrik zu zahlen. In Wirklichkeit existierte diese Fabrik gar nicht, sondern dem Betrüger, einem stellungslosen Kontorboten aus Wandsbek, war es nur darum zu tun, das Reisegeld nach Kopenhagen zu erlangen. Er wurde festgenommen.

pb. Eigentumsvergehen. In der Zeit vom 11. bis 15. Oktober ist vom Flur eines an der Mühlenstraße belegenen Gasthofes ein Paket von grauem Papier, enthaltend: 28 neue Herren- und Damenportemonnaies von schwarzer und brauner Farbe, 9 Beutelportemonnaies, 4 Zigarrentaschen von schwarzer und brauner Farbe und 100 Steine für Taschenuhren abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden. Das Paket war mit der Adresse „Rudolph Richter in Groß-Berentzin“ und mit dem Namen des Absenders „Joh. Heinr. Meier in Lübeck“ versehen.

pb. Festgenommen wurde der Kupferzucker eines hiesigen Restaurants, der dringend verdächtig ist, in Hannover einen Diebstahl begangen zu haben.

pb. Entwenderin. Am 15. Oktober ist aus dem Logis eines an Geibelplatz wohnhaften Handlungsgehilfen ein grüner Mäntel mit 2 Reihen Knöpfen und dem goldgestickten Monogramm „F. B.“ abhandeln gekommen und vermutlich gestohlen worden. Auf dem Anhängel befindet sich der Name des Lieferanten: „Kamelow-Parchim“.

„Cinec“ Haus-Theater, Lübeck. Der mit großem Erfolg aufgeführte Film „Duo vadis?“ kann nur mehr heute in zwei Vorstellungen um 4 1/2 und 8 1/2 Uhr vorgeführt werden. Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß infolge kontraktlicher Verpflichtungen eine Prolongation unmöglich ist. — Morgen Freitag ist die Premiere von „Die Herrin des Hais“. Billets sind im Vorverkauf bei Rudolph Karstadt, Breite Straße und bei Friedrich Sager, Kohlmarkt zu haben.

Neues Stadttheater. Was schreibt uns: Die zweite Opern-Neuheit in dieser Spielzeit geht am Sonnabend, dem 18. Oktober, abends 7 Uhr, erstmalig in Szene, und zwar Kaisers „Theodor Körner“. Das Libretto, das vom Komponisten selbst verfaßt ist, gewinnt wesentlich dadurch an Wert, daß es sich in wichtigen Episoden an die historischen Begebenheiten anschließt und vieles enthält, das von Körner selbst stammt und seinen Werken und Briefen entlehnt worden ist. Auch die Liebe Theodor Körners zu der Schauspielerin Antonie Adamberger ist historisch. In diesen Tagen gelangt „Theodor Körner“ an allen größeren Bühnen zur Aufführung. Am Sonntag wird das Werk wiederholt.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck, Parade 1, (Schloß-Rangau). Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 17. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3 1/2 Uhr nachmittags Schwarzenauer Allee 44a statt.

Schlutup. Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins findet am nächsten Sonnabend abend präzise 8 Uhr im Gasthof zur Linde statt. Genosse Bromme-Lübeck wird Bericht über den Parteitag zu Jena erstatten. Außerdem ist noch eine wichtige Tagesordnung zu erledigen, sodaß auf allseitigen Besuch der Mitglieder gerechnet wird.

w. Mölln. In der letzten Sitzung der städtischen Kollegien wurde der neugewählte Stadtvorordnete F. Groth eingeführt und beeidigt. In seiner Einführungrede sagte der stellvertretende Bürgermeister Stadtrat Rönnpagge, daß Mölln große Unternehmungen ausführe, nach deren Fertigstellung Mölln nach einem Ausspruche eines hohen Regierungsbeamten das reine Eldorado sein werde. Groth solle mitwirken, diese Unternehmungen durchzuführen usw. Uns wurde ordentlich wehmütig; wir wissen nun, daß die großen Projekte Wasserleitung, Kanalisation nicht Unternehmungen dringenden hygienischen Interesses, sondern Unternehmungen sind, um Mölln in den

Augen der Welt als Eldorado glänzen lassen zu können. Und die Bürgerchaft, namentlich die kleinen Hausbesitzer, Handwerker und Arbeiter? Die dürfen sich große Ausgabefür die Durchführung dieser Unternehmungen und hohe Mieten leisten, damit Mölln nur glänzt. Ob unter diesem Glanze aber ein fauler Kern vorhanden ist, danach scheint man nicht zu fragen. Tatsächlich werden die Geldmittel der kleinen Handwerker usw. durch diese Unternehmungen in Anspruch genommen, die über ihre Kräfte geht. Den Arbeitern werden bei den hiesigen Löhnen bald unerschwingliche Mieten abgefordert. Mölln aber wird glänzen! — Zum Bau der Kanalisation werden die Beschaffung eiserner Röhren für die Unterführung des Eisenbahndammes und Auslaufs in den Möllner See im Betrage von 16000 Mark der Mannesmannröhrengefellschaft übertragen; damit sind sämtliche Materialien für die Kanalisation beschafft. — Für die Mittelschule sind nicht genug Lehrkräfte vorhanden. Die angestellten Lehrer sollen Auskulturstunden übernehmen und werden hierfür per Stunde 2 Mk. bewilligt. — Die Hebamme Siemers wird auf ihren Antrag aus dem Dienst entlassen und deren Ruhegehalt auf jährlich 180 Mk. normiert. — Der Viehhändler Hans Albers will einen Streifen Land vom Heltberge hinter seinem Hause käuflich erwerben. Die Beschlußfassung wird ausgesetzt. Der Magistrat ist gegen den Verkauf, die Stadtvorordneten dafür, es soll Lokalbeschäftigung stattfinden. Die hiesigen Militär- und Landwehroretine wollen natürlich auch die Wäfferschlacht durch Fackelzug feiern und gebrauchen dazu 300 Mk., die sie nicht haben. Deshalb wenden sie sich an den Stadtsäckel. Die Kollegien bewilligen diese Summe ohne Murren. Es sind doch eigenartige Vereine, diese Militär-usw.-Vereine, zur Durchführung ihrer Vereinszwecke wird der Geldbeutel der Gesamtheit in Anspruch genommen; wie lange noch?

Hamburg. Aus der Bürgerchaft. Im Gegensatz zum vorigen Montag, wo es sich „nur“ um die Versorgung hungernder Arbeitsloser handelte, war am Mittwoch die Bürgerchaft bei der Fortsetzung der Universitätsdebatte ganz bei der Sache. Wieder waren Tribünen und Logen überfüllt, wieder war der Senatstisch vollbesetzt mit Bürgermeister Prebühl und den Senatoren v. Melle, Dr. Diestel, Heidmann und Strandes, von denen diesmal die drei letzteren das Wort nahmen, um die Senatsvorlage zu verteidigen. Aus dem Hause sprach nur ein Redner für die Universität (Carl Mönckeberg) und zwei dagegen: unser Genosse Krause und Rudolf Mönckeberg, der auch in dieser Sache anders als sein liberaler Neffe will, und mit den Sozialdemokraten Arm in Arm gegen die Universität kämpft, wobei er es sogar nicht verschmähte, Bebel zu zitieren. Rhetorisch waren alle Reden, die gestern gehalten wurden, glänzend. Aber Klarheit über das Schicksal der Universitätsvorlage brachten sie trotzdem nicht, das ist so unentschieden wie zuvor.

Schwerin. Die mecklenburgische Verfassungs-Komodie. Am Montag kommender Woche wird in Schwerin die mecklenburgische Verfassungs-Komodie ihre Fortsetzung finden. Dorthin ist nämlich wieder einmal ein außerordentlicher Landtag (Gutsherren und Bürgermeister) einberufen worden. Dieser außerordentliche Landtag wird abermals einige neue Verfassungsvorlagen zu sehen bekommen, aber solche, die noch viel volksfeindlicher sind als die bisherigen. Die Vorlagen werden zwar noch streng geheim gehalten, aber so viel ist doch mitgeteilt worden, daß es in der Vorlage der Schweriner Regierung heißt, diese Regierung sei in zahlreichen wichtigen Punkten weiter entgegen gekommen. Es ist also kein Zweifel, daß die Regierung noch mehr vor den reaktionären Junkern Kotau macht. Dabei waren schon die bisherigen Vorlagen ein wahres Sammelsurium aller volksfeindlichen Gedanken. Die beiden bisherigen Stände sollten erhalten bleiben und nur ein kleiner Rest von Abgeordneten zur Bewollständigung hinzugewählt werden auf Grund des elendesten aller Wahlsysteme. Die Herrschaft der Ritter im Landtage sollte neu verankert werden, und dem ist die Regierung jetzt noch weiter entgegengekommen. Dabei hatte der Schweriner Großherzog in einer Sitzung des Staatsministeriums vom November vorigen Jahres erklärt: Wenn der inzwischen im Mai stattgefunden Landtag die ihm damals unterbreitete Vorlage nicht annehmen würde, werde er die neue Verfassung oktroyieren. Und nun der neue außerordentliche Landtag und noch ein weiteres Entgegenkommen gegen die Junker! Die mecklenburgische Regierungsweisheit ist wirklich ihres Rufes wert!

Bremen. Eigenartige Erledigung des Falles Radek. Am Dienstag wurde in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins die Debatte über den „Fall Radek“ zu Ende geführt. Vor Eintritt in die Verhandlungen wurde vom hiesigen Parteivorstand ein Antrag eingebracht, in dem er der Versammlung empfiehlt, lediglich aus Gründen der Disziplin dem Beschlusse des Parteitagtes Folge zu geben und den Genossen Radek aus der Mitgliederliste zu streichen. Von Radek lag eine schriftliche Erklärung vor, in der er zum Ausdruck bringt, daß er sich nach dieser Stellungnahme des Bremer Parteivorstandes zum Jenaer Parteitagbeschlusse genötigt sehe, seinen Austritt aus der Bremer Parteiorganisation zu erklären. Vom Genossen Heute ging sodann folgender Antrag ein:

„Die Versammlung nimmt den Austritt des Genossen Radek aus der bremischen Parteiorganisation zur Kenntnis und erachtet damit die Resolutionen, die sich mit seiner Mitgliedschaft befassen, für erledigt.“

Die Versammlung erhebt jedoch ihren schärfsten Protest gegen die Art und Weise, in der vom Jenaer Parteitag diese Angelegenheit behandelt worden ist; gegen die Annahme des Antrages 45; sowie vor allem dagegen, daß diesem Antrage „rückwirkende Kraft“ auf die Aufnahme Radeks in Bremen gegeben worden ist.

Indem die Versammlung schon jetzt die Aufhebung der vorerwähnten Jenaer Beschlüsse fordert, beschließt sie, dem nächsten Parteitag einen Antrag unterbreiten zu wollen.

Dieser Antrag wurde nach einer längeren Debatte angenommen. Ferner stimmte die Versammlung mit 182 gegen 181 Stimmen folgendem Antrage Pannekoek zu:

„Die Versammlung spricht ihre Anerkennung über die Tätigkeit Radeks für die „Bremer Bürger-Zeitung“ aus und erklärt, daß ungeachtet der Entscheidung über die Mitgliedschaft der weiteren Mitarbeit Radeks an der „Bremer Bürger-Zeitung“ nichts im Wege steht.“

„Uns scheint, daß das krauphische Bestreben eines Teiles der Bremer Parteigenossenschaft, Radek um jeden Preis in der Partei zu behalten, bereits schwere Verwirrungen angerichtet hat. Anders ist es nicht zu erklären, daß der Antrag Pannekoek noch angenommen werden konnte, nachdem Radek endlich die Konsequenzen gezogen hat, die er schon längst hätte ziehen sollen. Mit dem Austritt Radeks wird dieser nicht gerade erhebende Fall hoffentlich endgültig von der Tagesordnung abgesetzt, trotz des Antrages Heute.“

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung, Verleger: J. H. Schmarz. Druck: Friedrich Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

# Grosse

# Volkversammlung

am Sonntag, dem 19. Oktober 1913, vormittags 11 Uhr  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

## Die Leipziger Völkerschlacht-Jahrhundertfeier und das deutsche Volk.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Dr. Georges Weill-Metz.**

### Freie Diskussion.

Einwohner Lübecks! Arbeiter! Erscheint in Massen! Es gilt der Geschichts-  
klitterung die historische Wahrheit gegenüberzustellen.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.  
Paul Löwigt, Johannisstraße 46.

(7826)

**Ragoda** Tausendfach bewährtes  
**selbsttätiges Schnell-Waschmittel**  
Unübertroffen! 1 Pfund nur 55 Pfg.  
Sehr viele Anerkennungs schreiben.

Neu erschienen! (7848) Sehr zu empfehlen!  
**Kindersegen und Arbeiterklasse, oder:**  
**Wie schützt ich mich vor starkem Familienzuwachs?**  
Auf gesunde Art. Preis 30 Pfg., oder gegen Einsendung von 35 Pfg. in  
Briefmarken frei Haus. Zu beziehen durch die Buchhandlung von  
Th. Dawartz in Lübeck, Hüxterdamm 6.

7188

7818



Entweder Kathreiners Malzkaffee oder  
gar feinen! Ich lasse mich nicht täuschen!  
Ich kenne den echten Kathreiners Malz-  
kaffee nicht nur am geschlossenen Paket mit  
Kneipp-Bild, sondern auch an seinem Wohl-  
geschmack und würzigen Aroma.

**Leere Farbetonnen**  
(Eisenblech) vorrätig.  
**Expedition d. „Lüb. Volksboten“.**  
Zentralverband der  
**Maschinisten und Heizer**  
sowie Berufsgen. Deutschl.  
Zahlstelle Lübeck.

**Versammlung**  
am Freitag, d. 17. Oktober  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstraße 50-52.  
Tages-Ordnung:  
**Der Kampf ums Dasein.**  
Referent:  
Gaulleiter **Rusch-Hamburg.**  
Um zahlreiches Erscheinen der  
Kollegen ersucht  
7823) **Der Vorstand.**  
**Arbeiter-Abstinenzbund.**

**Versammlung**  
am Freitag, d. 17. Oktober  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
7820) **Der Vorstand.**

**Neues Stadttheater.**  
Donnerstag, den 16. Oktober 1913.  
26. B. i. Boll-Pl. 5. B. i. Donnerstag-Pl.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
Neueinstudierung.

**Die deutschen Kleinstädter.**  
Lustspiel von Rogebue. (7814)  
Mittelpreise.  
Freitag, den 17. Oktober 1913.  
27. B. i. Boll-Pl. 5. B. i. Freitag-Pl.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.

**Die Hugenotten.**  
Große Oper von G. Meyerbeer.  
Große Preise.  
**Voranzeige.**  
Sonntag, den 19. Oktober 1913.  
Nachmittags 3 Uhr. Ende 5 1/2 Uhr.  
**Ein Walzertraum.**  
Operette von D. Strauß.  
Einheitspreis Mk. -75.  
Die Plätze werden am Freitag von  
8-9 Uhr und am Sonnabend von  
8-9 1/2 Uhr an der Theaterkasse  
ausgeföhrt.

Der  
**Neue-Welt-Kalender**

für 1914  
ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen  
Inhalts wegen jedem unserer Leser zu  
empfehlen.

== Preis 40 Pfg. ==  
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.  
Johannisstraße 46.

Jeden Freitag:  
**Waisen-Hof** Gr. Tanzmusik  
Anfang 8 Uhr. (6659) Gust. Gipp.

„Cines“ Hansa-Theater  
Morgen: Letzter Tag.  
**Quo vadis?**  
Das gewaltigste Film-Drama aller Zeiten!  
Die Sensation der Welt!

**VORSTELLUNG:**  
Wochentags 4 1/2 u. 8 1/2 Uhr. Sonntags 3, 6 u. 8 Uhr.  
**Eintrittspreise: 25 bis 75 Pfg.**  
7713 Logenplatz 95 Pfennig.  
Vorverkauf bei Rudolph Karstadt an der Buch- u. Sammelkasse.

## Georg Büchner.

(Zu seinem hundertsten Geburtstage am 17. Oktober 1913.)

Wir haben in der deutschen wie auch der Weltliteratur eine Reihe von Poeten, die nicht wegen der künstlerischen Vollendung ihrer Werke im Gedächtnisse der Nachwelt fortleben, deren Dichtungen oft sogar künstlerisch sehr niedrig eingeschätzt werden müssen. Teils liegt das daran, daß diese Dichter allzufrüh auf dem Kampfplatze des Lebens verblieben, teils hinderte sie ihr leidenschaftliches Temperament an der künstlerischen Durchbildung ihrer Arbeiten. Aber darum bleibt ihr Werk doch unverloren. Der aufpeitschende Gluthauch großer Zeiten durchpflust es mit dem rasenden Feuer einer Begeisterung, das nie erlischt, das immer aufs neue in den Herzen Gleichgestimmter auflodert, das wie eine Fackel der Freiheit über den Zeiten glüht und die Namen seiner Schöpfer einbrennt in das Piederital der Menschheit, daß sie Jahrhunderte hindurch in brennendem Glanze erstahlen. Mag auch die Kunst solcher Männer ungerichtet sein; der Geist ihrer Werke hält sie lebendig, trägt sie durch die Völker, entzündet in ihnen den Willen zu Taten, entfacht in ihrer Seele große Gefühle der Erhebung über die Schwachheit des Alltages und schärft ihr Auge für die Erscheinungen ihrer, vergangener und zukünftiger Zeit!

Zu den Dichtern, deren Werke solche Erhebungen ausstrahlen, gehört als einer der ersten Georg Büchner, ein wahrer Befreier und Losrufer von knechtischer Gesinnung, der des Jahres 1813, in dem er geboren wurde, würdig war. Während des Völkerrings bei Leipzig, am 17. Oktober, kam er in Göttingen bei Darmstadt ans Licht. Sein Vater war Arzt, Ober-Medizinalrat, ein Erzeaktionär, der später seinen freiheitsdürstenden Sohn lieber in die Fänge der Hüter von Ordnung und Sitte geltefert als ihn vor ihnen bewahrt hätte. Schon als Gymnasiast wurde Büchner ein Bewunderer der großen französischen Revolution. Er schwärmte für sie mit aller Kraft seiner kühnen Seele, und sie gab seinem dichterischen Schaffen das Gepräge. Mit achtzehn Jahren bezog er die Universität Straßburg im Elsaß, um Naturwissenschaften zu studieren. 1833 übersiedelte er nach Gießen. Hier beschäftigte er sich besonders mit den medizinischen Disziplinen, betrieb aber zugleich auch mit Feuereifer das Studium der Philosophie. Besonders Cartesius und Spinoza sollten sein inbrünstiges Verlangen nach Erkenntnis des Ursprungsgrundes alles Seins stillen. Nicht weltfremde Theorien verlangte Büchner von der Philosophie, sondern praktische Anwendbarkeit ihrer Schlüsse und Folgerungen im Streite der Meinungen und Parteien. Er kam zu der Ansicht, die er immer verfochten hat, die ihn zum ersten großen sozialen Dichter Deutschlands werden ließ, daß es für die große Masse nur zwei Hebel zur Aufrüttelung und Aufwärtsentwicklung gebe, nämlich materielles Elend und religiöser Fanatismus. „Jede Partei, welche diese Hebel anzusehen versteht, wird siegen. Unsere Zeit braucht Eisen und Brot — und dann ein Kreuz und sonstwas. Ich glaube, man muß in sozialen Dingen von einem absoluten Rechtsgrundsatz ausgehen, die Bildung eines neuen geistigen Lebens im Volke suchen, und die abgelebte moderne Gesellschaft zum Teufel gehen lassen. . . . Sie mag aussterben, das ist das einzig Neue, was sie noch ererben kann!“ — Diese Gedanken bilden das

Grundmotiv des gesamten Schaffens Büchners, sowohl seines politischen wie dichterischen. Ihr konzentriertester Niederschlag ist das seiner politischen Flugchrift „Hessischer Landbote“ vorangestellte Motto: „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“

Nach der Niederwerfung Napoleons sah sich bekanntlich das deutsche Volk um alle Versprechungen, die ihm von den Gewalthabern gemacht worden waren, betrogen. Meger denn je spukte das Gespenst der Reaktion in allen Gauen. Jeder Versuch, die Einlösung der in der Stunde der Not von den Fürsten in Aussicht gestellten Revisionen der Verfassungen zu erlangen, wurde als Revolution angesehen und unterdrückt, seine Urheber, wenn sie sich fangen ließen, schwer gestraft. Überall aber auch bildeten sich geheime Verschwörungen gegen die Machthaber. Georg Büchner beteiligte sich ebenfalls an dieser Geheimbündelei. Aber im Gegensatz zu den Forderungen anderer, die nur eine politische Reform anstrebten, propagierte er eine Verquickung der politischen mit der sozialen Revolution. In seinem schon erwähnten Flugblatt „Der hessische Landbote“ rief er in flammenden Worten von ferniger Deutlichkeit, die nicht mißzuverstehen waren, das Volk zu einer materiellen und politischen Befreiung auf. Die Gründung einer geheimen „Gesellschaft der Menschenrechte“ war ebenfalls sein Werk.

Kein Wunder, daß den Herrschenden jemand, der so wie Büchner wieder den Stachel leckte, auffällig und unangenehm wurde. Infolgedessen verließ Büchner 1835 Gießen und kehrte zu den Eltern in die Heimat zurück, ohne jedoch die Verbindungen mit seinen Kampfgenossen zu unterbrechen.

Im Elternhause entstand in wenigen, knapp fünf Wochen, das erste große poetische Werk des jungen, kaum 22jährigen Dichters: das Drama „Dantons Tod“ — „Dramatische Bilder aus der Schreckenszeit“, wie es Büchner im Untertitel nennt. In unerhört leidenschaftlicher, ungezügelter Sprache, in kühnen Gleichnissen, tönenden, weithallenden Kampfesworten schildert Büchner in diesem Werke, das ein einziger heißer Gluthauch tiefinnerlichster Erregung durchzittert, Kobespierres und Dantons Streit um die Herrschaft, in dem dieser unterlag. In „Dantons Tod“ hat die Idee der Revolution Fleisch, Blut und Leben gewonnen, ihr Sturmlied erbraut in mächtigen Akkorden, ein Weckruf der Begeisterung, allüberall wiederklingend.

Trotzdem ist das Drama kein gerundetes Kunstwerk: zu wenig einheitlich ist die Handlung, zu oft wechselt ihr Ort, zu schemenhaft sind die meisten seiner Gestalten charakterisiert! Aber dennoch: der Geist, der es erfüllt, adelt es, macht, daß der Verstand an das Gefühl appelliert und es für groß, erhaben erklärt. Friedrich Heibel schrieb nach der ersten Lektüre des Werkes: „Büchners Danton, von dem ich eben Proben im Phönix lese, ist herrlich. Warum schreib' ich solch einen Gemeinplatz hin? Um meinem Gefühl genug zu tun!“ Wehnlich begeistert äußerte sich auch Karl Gutzkow, der „Dantons Tod“ zum Druck beförderte, über das Werk.

Kurz nach der Vollendung seines Erstlingsdramas mußte Büchner über die Grenze fliehen. Er ging zuerst nach Straßburg, dann nach Zürich, wo er als Privatdozent der Medizin an der Universität zugelassen wurde. Seine politische Tätigkeit ließ nun natürlich nach, und wurde von der eifrigen Beschäftigung mit der Dichtkunst abgelöst. In einem Fragment gebliebenen

Truerspiel „Wozzeck“, der Tragödie eines Soldaten, dem die Liebste von seinem Hauptmann verführt wird, zeigte Büchner, daß er das Zeug zu einem großen Dramatiker in sich hatte. Der Auftritt, in dem Wozzeck den Schänder seiner Braut ermordet, gehört mit zu dem Großartigsten in der Weltliteratur. — Mit dem König Peter aus seinem etwas gequälten Lustspiele „Leonora und Lena“ schuf Büchner das Urbild des Typus, den man heute „Serenissimus“ nennt. — Auch das Bruchstück einer Novelle „Lenz“, zeugt von Büchners dichterischer Kraft. Er versucht darin ein Bild des Stürmers und Drängers aus dem Goethekreise um 1770, des unglücklichen Reinhold Lenz, zu rekonstruieren, eine ihm weisensähnliche Natur, deren Eigenheiten er mit bewunderungswürdiger psychologischer Wahrheit zeichnet.

Nicht lange konnte Georg Büchner sich seines jungen Ruhmes erfreuen. Am 19. Februar 1837 raffte ihn in Zürich ein heftiges Nervenfieber dahin. Er war Träger und Vorkämpfer unsterblicher Menschheitsideale, und deshalb wird sein Andenken beim Volke, dem seine Liebe und seine Arbeit galt, stets in Ehren bleiben. Was die Kunst an ihm verlor, mögen Georg Herweghs Worte bezeugen:

„Ein unvollendet Lied, sinkt er ins Grab.  
Der Verse schönsten nimmt er mit hinab!“

## Aus der Partei.

„Völkerschlachten und Klassenkämpfe.“ Soeben erschien im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Berlin der zweite Teil dieses Werkes, von dem wir den ersten Teil bereits angekündigt haben. Genosse Dr. Conrady liefert hier weitere urkundliche Beiträge zur Jahrhundertfeier. Aus der Literatur zur Zeit der Befreiungskriege und des Vormärz ist hier wieder sehr wertvolles Material zur Beurteilung des heutigen Jubiläumsummels zusammengetragen, so z. B. aus den Schriften Lindts, der Generale Bogen, Gneisenau u. a., Barmhagen von Gnesen usw. Dieser zweite Teil bringt Stimmen aus der Zeit des Waffenstillstandes und des Herbstfeldzuges, über die Kämpfe in Frankreich und den Wiener Kongreß. Zwei weitere Kapitel bringen Klagen der Enttäuschung über die dürftigen Früchte, die der Freiheitskampf den Völkern eingetragen, und über das Wüten der Reaktion nach 1815. Der Preis dieses wie des ersten Bandes beträgt eine Mark.

Brief-Prozess. Der verantwortliche Redakteur der Chemnitzer „Volksstimme“ wurde zu einer Geldstrafe von 80 Mark verurteilt, weil er eine Broschüre angekündigt hatte, betitelt: „Wie schütze ich mich vor starkem Familienzuwachs?“ In der Broschüre wurde eine ziemlich allgemein geübte Methode empfohlen. — Ähnliche Prozesse dürften in der nächsten Zeit vielleicht in vermehrtem Maße angestrengt werden, nachdem an die Staatsanwaltschaft die Weisung ergangen ist, den Anpreisungen von Mitteln, die Einfluß auf den Geburtenrückgang haben können, mit aller Schärfe entgegenzutreten.

## Ein Kampf um das Koalitionsrecht in Belgien.

Der belgische Generalkrieg, vor dessen Ausbruch angeblich auch die Industriellen versprochen, in ihrer Mehrzahl auf Seiten der Arbeiter stehen zu wollen, hat für die Gewerkschaften eine Zeit der bittersten Kämpfe im Gefolge. Raum war er beendet, da kam der wohl vorbereitete Angriff der Unternehmerorganisationen — gewöhnlich im Bunde mit christlichen Gewerkschaften. Es war den Unternehmern darum zu tun, die kollektiven Arbeitsverträge los

## Der Baldamus und seine Streiche.

Von Oskar Wöhrl.

(13. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Ich ging mit dem Mülhauer in ein spanisches Wirtshaus im abgelegenen Viertel. Hier wurde getanzt. Es waren viele lustige Mädchen da, keine aber, die sich mit uns abgab. Bei den Einheimischen wird der Legionär weniger geachtet als ein Hund, obwohl die Kaufleute und Wirte der Stadt nur von ihm leben. Wir schätzten die Sache richtig ein und ließen uns durch die mehrfache Abweisung nicht ärgern, sondern lachten und tanzten eben nicht. Später kamen Legionäre dazu, die stark angetrunken waren und lärmten. Der Wirt wollte keinen Wein mehr ausgeben. Das gab Rabau. Mit Flaschen und mit Gläsern warfen sie ihm die Fenster Scheiben ein, zogen die Bajonette und suchten damit herum, daß Wirt und Gäste flüchteten und Hilfe holten.

Ich und der Mülhauer verzogen uns, bevor das Getümmel ernster wurde. Unterwegs trafen wir den Adjutanten, der uns nach der Kaserne zurückschickte. Dort wurden wir zu einer Patrouille zusammengestellt und bekamen den Auftrag, die Betrunkenern heimzuführen. Das war keine schöne Arbeit, die meisten weigerten sich, wir mußten öfters Gewalt anwenden. Nach Mitternacht hörten wir aus einer Seitengasse, wo sich ein berühmtes Hurenhaus befand, laute Hilfeschreie. Sofort eilten wir dahin und sahen, daß zwei Legionäre mit vier Spaniern im Handgemenge waren. Als ich zusprang, stach mich ein Spanier zweimal in die linke Hand. Viel konnten wir nicht mehr ausrichten, die Schäfte entkamen, obwohl wir ihnen eifrige Schläge nachjagten. Einer der angefallenen Legionäre war bereits tot, aus dem aufgeschichteten Bauch gingen die Gedärme heraus; die Augen waren glasig und der Mund stand ihm voller Schaum und war verzerrt. Der andere hatte einen Bruststich und starb, bevor wir ihn nach der Kaserne geschleppt hatten. Ich trommelte den Unterarzt heraus und ließ mir meine Wunden zunähen. Acht Tage lang war ich dienstfrei und brauchte nicht zum Exerzieren mit.

Während dieser Zeit hatte ich Gelegenheit genug, über die Legion, ihre Sitten, ihre Einrichtungen und über die Legionäre selber nachzudenken. Immer deutlicher kam mir zum Bewußtsein, daß wir alle auf verlorenem Posten standen und letzten Endes nur dazu dienten, französische Volkskraft zu sparen und uns dafür auszusüßten. Bestand doch weitaus der größte Teil aus Deutschen, Oesterreichern und Schweizern. Außer den Offizieren standen nur wenige Fran-

zosen in der Front. Die waren fast ausnahmslos durch und durch Gefindel. Ueberhaupt in jedem von uns schloß die Bestie und zeigte bei Gelegenheit die Zähne. Daran war mancherlei Schuld: das Klima, die ungesunde Lebensweise, die vielen Anstrengungen und die oft unersetzten Ausschweifungen. Waren doch die meisten meiner Kameraden Gewohnheitsräuber. Das trug viel dazu bei, daß sie so unberechenbar und so schwer zu leiten waren. Nächtern betrogen sie sich anständig und zeigten sich von der umgänglichen Seite; besoffen aber brach bei vielen die typische Legionärskrankheit aus, der caffard, der Tropentoller. In solchen Zuständen kannten sie nichts mehr, schlugen sinnlos um sich und wollten Blut sehen, nur Blut. Betrinken konnten sie sich leicht, Wein gabs im Ueberfluß, kostete doch in den meisten Wirtshäusern der Liler nur einen Sou, vier Pfennige. Das scheint sehr billig, bedeutet aber für den Legionär ein kleines Kapital, eine vollständige Tageslohnung.

So unflätig wie Legionärsoldaten in ihren Redensarten und Aeußerungen sind, körperliche Sauberkeit kann man ihnen nicht abspreiben. Im Aussehen hält jeder etwas auf sich. Keintliche Drillkleider sind der Stolz eines jeden, dafür bringt er sogar seiner Faulheit ein Opfer und wäscht täglich, wenns sein muß. Manche Legionäre sind vermöglicher und bekommen jeden Monat Geld geschickt von daheim. Gar viele stammen aus den sozial besser gestellten Schichten. Mancher sieht hier über französischen Suppen, der ehemals Student, Arzt, Professor oder noch mehr war. Wir hatten in der Komagnie sogar zwei ehemalige Mönche. Aber auch das Gegenstück fehlt nicht: Wägen, denen man den geborenen Verbrecher schon von weitem ansieht.

Der Legionär kennt nur wenige Bedürfnisse. Solange er Tabak hat zum Schneiden und zum Rauchen, ist gut Wetter bei ihm. Nach Weibern fragen die wenigsten, sie scheuen die Krankheiten, die sie sich holen könnten. Die Mehrzahl hängt sich an ihresgleichen oder an Araberhuden und Kaktusblätter. Wenn einer jung ist und ein glattes Gesicht hat, macht er „sein Glück“. Er findet bald einen liebevollen Vorgesetzten, der sich seiner annimmt. So erzählten die älteren Legionäre, unser Feldwebel stünde jetzt noch mit dem Kapitän gut. Doch kann das auch erlogen gewesen sein, Lügen und Uebertreibungen sind nirgends helmischer als in der Legion. So geht noch heute das Märlein um, ein preußischer Prinz habe in der Legion gedient, sei gefallen und von einem deutschen Kriegsschiff in die Heimat gebracht worden.

Der Legionär ist ein guter Kamerad, besonders in Augenblicken der Gefahr oder wenn es gilt, gegen verhasste Vorgesetzte zusammenzustehen. Das gemeinschaftliche Elend tötet besser als Blut. Nur zwischen Wein und Wein kann er nicht unterscheiden, er riecht wie eine Ester.

Unser unerschrockenes Verhalten am 14. Juli war dem Kapitän gemeldet worden. Dieser gab die Meldung weiter. Der Mülhauer wurde zum Korporal ernannt. Das freute ihn, nun konnte er sich etwas gönnen. Ich wurde zum Soldaten erster Klasse vorgeschlagen, d. h. zum Befreiten. Aber es kam nicht so weit.

Drüben im Marokkanischen garte es seit langem. Die Meldungen lauteten immer mehr gefahrträubend. Als die Befehle einiger Forts im Süden nach der Grenze marschieren, wußten wir, daß es galt. Der Mülhauer streifte sein Gewehr wie ein Mädchen und sagte: „Halt dich gut, du bekommst bald Arbeit!“ Die Alten huckten stundenlang über Karten und schmiedeten Pläne, wo es wohl am ehesten losgehen würde. Bei einem Kleiderappell fragte der Hauptmann nach Freiwilligen. Keiner blieb im Gieß, alle traten vor. Er hatte eine große Freude und sagte, den Tag werde er uns nicht vergessen. Von der Stunde ab bekamen wir Kriegslohnung, vier Sous im Tag, und waren die meiste Zeit betrunken.

Am nächsten Sonntag nachmittag gabs keinen Ausgang. Alle sagten, das bedeutet etwas. Die Kantine war überfüllt, die Kantiniere hatte alle Hände voll zu tun. Ein alter Legionär stieß ein paar Weinsflaschen um, sprang auf den Tisch und hielt eine Rede. Mittendrin kam der Bataillonschreiber gerannt und brüllte aus vollem Hals: „Wir marschieren! Wir marschieren!“ Da war kein Halten mehr. Die Marschelliste wurde gesungen, der Legionärsmarsch gepfiffen, alle waren besoffen von dem einen Gedanken: Wir marschieren! Wir marschieren! Der Mülhauer zerzte mich hinten aus mit Gewalt fast und sagte: „Kamerad, wenn du wem zu schreiben hast, so tus. Die Geschichte kriegt einen ersten Rund.“ Die ganze Nacht war ein Geföhle, Lärmen und Singen. Viele erbrachen sich, es ging zu wie bei den Verdammten. Ich machte meine Sachen bereit. Um zwei Uhr morgens blies es Generalmarsch. Eine halbe Stunde später marschieren drei Komagnien zur Stadt hinaus, unsere vorn, gleich nach der Musik, die die lustigsten Lieder spielte. Vor der Stadt kehrte sie um und ging zurück. Wir aber marschieren in das schweigende Land. Hart und scharf lösten sich unsere Schritte vom Pflaster, klack-klack. Der Gaul des Hauptmanns warf den Kopf auf und wieherte.

Gegen Tag machten wir die erste Rastpause; die Komagnien folgten sich in großen Abständen. Die Kampfstimmung vom vorigen Abend war bald verschwunden; je höher die Sonne stieg, desto tiefer sanken die Schadel, desto unregelmäßiger wurden die Schritte. Wir kamen an Weinsfeldern vorüber, die abgeerntet wurden. Große Wägen standen am Weg mit eingekampften Trauben. Wir hatten Durst und

zu werden. Zu diesem Zwecke erfolgten eine Reihe von Aus-  
sperungen, die nur zum Teile zugunsten der Arbeiter aus-  
sperungen. So mußten jedoch die seit vollen vier Monaten  
ausgesperrten Arbeiter der Brüsseler Wagen- und Auto-  
mobilindustrie den Kampf aufnehmen und die Bedingungen  
der Unternehmer akzeptieren, obwohl sie von der Gesamt-  
arbeiterschaft in der prächtigsten Weise unterstützt worden  
waren. Dabei galt ihre Gewerkschaft als eine der stärksten  
des Landes. Der Metallarbeiterverband und andere Ge-  
werkschaften, die ebenfalls erhebliche Mitgliederverluste er-  
litten, mußten heute noch Mitglieder unterstützen, die infolge  
des Generalstreiks im Frühjahr gemahnt wurden. Ge-  
wisshen sie auch diese Schwierigkeiten überwinden, aber  
nach Ansicht der Unternehmer sind die Gewerkschaften gerade  
zurzeit am meisten geschwächt. Daher ihr unerhört provo-  
zatorisches Vorgehen gegen organisierte Arbeiter.

Und auch die Regierung schied sich an, den Winken der  
Unternehmer und der christlichen, oder, wie sie hier mit  
Recht heißen, der gelben Gewerkschaften nachzukommen. Sie  
hat durch den Industrieminister der Kammer einen Geset-  
zentswurf zur Erdrosselung des Streiks- und  
Koalitionsrechtes vorgelegt, der in der nächsten  
Zeit zu heftigen Kämpfen zwischen den Parteien führen  
dürfte.

Nach dem Entwurf soll der König für jede Provinz eine  
„Kommission der Arbeitsstreitigkeiten“ einsetzen, die aus dem  
vom König ernannten Vorsitzenden und vier Beisitzern be-  
steht. Auch zwei der Beisitzer sind durch den König zu er-  
nennen, je einer dagegen durch die Unternehmer bzw. Ar-  
beiterbeiräte des betreffenden Bezirks. In gleicher Weise  
soll eine „Zentralkommission der Arbeitsstreitigkeiten“ zu-  
sammengesetzt werden, der solche Konflikte, an denen min-  
destens 300 Arbeiter beteiligt sind und die in der „ersten  
Instanz“ nicht erledigt wurden, vorgelegt werden können.  
Dem durch den Unternehmer oder Arbeiter gestellten Ver-  
langen auf Verhandlung vor der Kommission muß auch der  
andere Teil zustimmen. Die Arbeiter können sich, wenn ihre  
Zahl 15 übersteigt, durch Delegierte vertreten lassen. Die  
Kommission hat eine Einigung zu versuchen, doch kann jeder  
der Arbeiterdelegierten verlangen, daß das Ergebnis den  
beteiligten Arbeitern zur Abstimmung vorgelegt werde.  
Dasselbe kann die Minorität der Delegierten verlangen,  
wenn nur sie mit dem Unternehmer einig wurde und wenn  
sie mindestens 1/4 der Delegierten vertritt. Erfolgt die Ein-  
igung nicht, so kann die Kommission mit Zustimmung beider  
Parteien, eventuell nach besonderer Abstimmung der Ar-  
beiter, als Schiedsgericht fungieren. Bei Streiks und Aus-  
sperungen darf die Kommission das Schiedsgericht erst  
nach Wiederaufnahme der Arbeit übernehmen. Schieds-  
sprüche sind noch innerhalb desselben Monats zu fällen.  
Wenn die Parteien sich weder einigen, noch einem Schieds-  
spruch zustimmen, so hat die Kommission ein „begründetes  
Urteil“ über die Streitpunkte, beiderseitigen Schuldfragen  
u.ä. abzugeben und zugleich zu bestimmen, für welche Zeit  
dieses Urteil in Kraft treten soll. Der Teil, gegen den sich  
das Urteil richtet, kann innerhalb drei Tagen Berufung ein-  
legen an die „Zentralkommission“, vorausgesetzt, daß 300  
Arbeiter an dem Konflikt beteiligt sind. Die Kommission  
tritt in regelmäßigen Zwischenräumen zusammen, versam-  
melt sich aber sofort: 1. auf Antrag der Parteien, wenn der  
Vorsitzende die Dringlichkeit anerkennt; 2. im Falle von  
Streik oder Aussperrung. Im letzteren Falle soll also an-  
scheinend ein Antrag der Parteien gar nicht nötig sein.  
Danach würde die Kommission also bei allen Arbeitsnieder-  
legungen ohne weiteres in Funktion treten!

Der schlimmste Teil des Gesetzes aber folgt noch: Mit  
Geldstrafen von 25—500 Fr. wird bedroht jeder, der am  
Streik oder Aussperrung beteiligte Arbeiter oder Unter-  
nehmer durch Gaben, Darlehen oder Vorstöße unterstützt,  
solange sie sich weigern, ihren Streikfall der Kommission  
vorzulegen oder in allen Punkten dem Einigungsverfahren  
zuzustimmen, oder solche, gegen die die Kommission ein „be-  
gründetes Urteil“ abgegeben hat. Wenn diese Unterstützung  
durch ein Komitee oder eine Organisation geschah, so sind alle  
daran Beteiligten zu bestrafen. Ferner dürfen ihnen aus  
öffentlichen Mitteln keinerlei Zuwendungen mehr gemacht  
werden! Eine Ausnahme sollen Kaufleute und „wohl-  
tätige Personen“ bilden, die einzelne oder mehrere Arbeiter  
direkt unterstützen bzw. ihnen Kredit geben. Dadurch soll  
den christlichen Gewerkschaften, deren geistliche Leiter sicher  
allein als „wohltätige Personen“ angesehen werden dürften,

erschöpfen den süßen Saft mit unseren Köppi und tranken in  
langen Zügen. Den Kapitän ließen wir schimpfen wie er  
wollte. Erst als er den Degen aus der Scheide wickelte,  
hörten wir auf und setzten den Kampf fort. Aber die Un-  
zufriedenheit lag in unseren Reihen, schwerte jeden Schritt  
und gab Herwünschungen aus den Herzen.

Morgens um zehn Uhr kam der Befehl zum Lagern;  
wir schwenkten von der Straße ab, einem kleinen Hügel zu.  
Der Kapitän stellte Wachen aus. Wir anderen setzten pyra-  
midenförmig die Gewehre zusammen. Oh, wie sich die Luft  
aufblähte und Luft holte, als der drückende Tornister am Boden  
lag. Zum Verweilen und Ausschau gab es vorerst keine Zeit.  
Die Unteroffiziere teilten die Leute ihrer Kompanien  
ein. Der Mülbauer schied mich mit einem Posten auf  
die Hofstraße. Es war schwer, etwas zu finden. Nach zwei  
Stunden sah ich wieder mit einem Arm voll brennbarem  
Zug zurück. Während dieser Zeit hatten die anderen die  
Zelte aufgeschlagen und mit kleinen Gräben umgeben, so daß  
das Wasser bequem ablaufen konnte, falls es regnen sollte.  
Auch Kochlöcher wurden gegraben, in manchen brannten schon  
Feuer. Der Mülbauer murkte, weil wir so spät kamen.  
Sah denen wir unsern Topf angesetzt, eine Stunde später  
hieß es, das Essen ist fertig. Es war freilich sehr bescheiden,  
eine Wasseruppe mit zwei Erbsen pro Mann. Nach-  
her wurden die Wachen verteilt. Da es mich nicht traf, trock-  
te ich ins Zelt. Den Tornister benutzte ich als Kopfkissen. Ich  
schief und träumte.

Wieder bis es. Ein Durcheinander und Fluchen. Die  
Zelte wurden abgerückt, jeder wollte am ehesten fertig sein  
und verweigerte dabei mehr als recht war. Um elf Uhr  
nachts wurde angeordnet. Wir marschierten mit Sicherung.  
Ich kam zu der dreißigköpfigen Spitzengruppe. Ein Sous-  
Leutnant hatte das Kommando.

Solche Marschmärsche sind unheimlich, besonders wenn der  
Mond abgeht und das Dunkel sich über die Landschaft wirft,  
alle Sinne anspannt und doppelt empfindlich macht. Die  
Augen suchten sich wie Dolchmesser in die Finsternis und  
konnten doch nichts erschauen. Die Ohren horchten ins Land  
und wurden jeden Augenblick von den Geräuschen der Ferne  
gegriffen. Der Atem geht gerührt, verzweifelt, wird zur for-  
tgeschrittenen Qual, das Herz kommt aus seinen Harnschlägen  
nicht mehr heraus.

Im dritten Tag marschierten wir in Sidi-bel-Abbes  
ein, aber und über bedroht und nach bis auf die Haut, es  
regnete. Die wenigen Leute in der morgentlichen Straßen  
wachten sich einmal die Köpfe nach uns. Das militärische  
Bild war ihnen nichts Ungewöhnliches. Wir bezogen in einer  
leerstehenden Kaserne Quartier, die zum 1. Regiment ge-  
hörte. Von diesem waren hier zwei Kompanien an die  
Grenze geschickt worden, es hieß sogar, sie seien bereits in  
Katalonien einmarschiert.

(Fortsetzung folgt.)

offenstüchlich ein Hintertüchlein geöffnet werden. Übrigens  
hat ihr Leiter, der Vater Kuitten, dem Entwurfe bereits zuge-  
stimmt. Allerdings sollen auch die Gewerkschaften zu diesen  
Ausnahmen gehören, wenn sie: 1. in Belgien ihren Sitz  
haben, 2. nur aus Angehörigen derselben oder verwandter  
Industrien, in denen dieselben Erzeugnisse hergestellt werden,  
bestehen, 3. alljährlich dem Ministerium der Industrie und  
Arbeit Bericht über Mitgliederzahl, ihre Verteilung nach Be-  
rufen und über die Leitung geben. Der Bericht muß genau  
die Personalien aller Vorstandsmitglieder sowie Angaben  
über die im letzten Jahre geführten oder unterführten Streiks  
und Aussperrungen enthalten. Wenn es sich bei dem Kon-  
flikte nur um Lohn- oder Arbeitszeitfragen handelt, so sollen  
Unternehmer und Arbeiter desselben Ortes und desselben Be-  
rufes ebenfalls zu den erwähnten Ausnahmen gehören.

Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften diesem  
Ausnahmegesetze den schärfsten Kampf ansetzen. Am 8. Ok-  
tober hat schon eine besondere Konferenz der belgischen Ge-  
werkschaftskommission zu dem Entwurfe Stellung genommen  
und ihre Taktik beraten. Sie ist überzeugt, daß es bei dem  
heutigen Stande der belgischen Arbeiterbewegung glücklicher-  
weise doch nicht mehr möglich sein wird, das Koalitions-  
und Streikrecht der Arbeiter einfach illusorisch zu machen.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Schwerlich sanktionierte Saalabtreiber.** Am 31.  
August wurde dem Verband der Blumen- und Blätterarbei-  
ter und Arbeiterinnen während seiner Tagung in Neustadt  
das Lokal entzogen. Die Veranlassung dazu war, daß die  
Delegierten rote Nelken anstechen hatten, während an diesem  
Tage ein Kornblumentag stattfand und die bürgerlichen  
Herrschaften alle mit Kornblumen geschmückt herumliefen.  
Der Bürgermeister von Neustadt drohte dem Witt mit der  
Entziehung der Tanzverläufe für diesen Tag, wenn der  
Verband nicht sofort das Lokal verließ. Auf eine noch an  
demselben Tage an die Kreishauptmannschaft gerichtete Be-  
schwerde ist nunmehr an den Vorstand des Verbandes diese  
Antwort eingegangen.

Die königliche Kreishauptmannschaft, kollegial zu-  
sammengesetzt, hat nach dem Ergebnis der angestellten Er-  
örterungen keinen ausreichenden Anlaß gefunden, auf die  
Beschwerde des Verbandes der Blumen- und Blätter-  
arbeiter und -arbeiterinnen zu Neustadt vom 31. vorigen  
Monats etwas in dessen Sinne zu verfügen, da das Ver-  
halten des Bürgermeisters Dr. Winkler zu Umständen  
keinen Anlaß gegeben hat.

Die königliche Kreishauptmannschaft  
Jhr. v. Teubern.  
Der alte Reaktionär Jhr. v. Teubern, noch in Erinnerung  
seiner fürsorglichen Tätigkeit als Amtshauptmann v. Birna,  
hält es immer noch für geboten, die bewährte Mafschich-  
politik gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Und so etwas  
nennt man liberale Anwendung des Vereinsgesetzes.

**Erfolgreicher Brauereiarbeiterstreik in Magdeburg.**  
Der Streik der Brauereiarbeiter in Magdeburg ist nach  
neuntägiger Dauer mit Erfolg beendet. Beteiligt waren  
daran rund 350 Arbeiter in vier Betrieben. Veranlassung  
zum Streik gaben hauptsächlich für die Arbeiter ungünstigen  
Bedingungen, die die Unternehmer zur Vorbedingung für die  
Annahme der in den Verhandlungen getroffenen Verein-  
barungen machten. Diese ungünstigen Bedingungen ließen  
die Unternehmer fallen, so daß eine Einigung möglich war.  
Erreicht wurden u. a. Lohnhöhungen von 2 Mk., teilweise  
3 Mk. pro Woche, Verlängerung des Urlaubs usw. Wichtig  
ist die Neuerung, daß die Bierfahrer nun die Überarbeit be-  
zahlt erhalten. Sämtliche Streikenden nehmen die Arbeit  
geschloffen wieder auf. Die Arbeitswilligen müssen das Feld  
räumen. Vermittelt wurden die Arbeitswilligen von der  
Streikbrecherlieferantfirma Lindenbergs u. Wöner in Wand-  
beck bei Hamburg, die sofort nach Ausbruch des Streiks den  
Unternehmern ihre Hilfe anbot. Mit den Arbeitswilligen,  
denen die Unternehmer weit mehr Lohn zahlte als den alten  
Arbeitern und ihnen außerdem freie Station und allerlei  
Vergünstigungen gewährte, haben sie wohl keine guten Er-  
fahrungen gemacht, so daß es ihnen doch geraten schien,  
Frieden zu machen. Auch die Kirch-Zunderischen Brauer  
haben Streikarbeit gemacht, trotzdem ihre Organi-  
sationsleitung es verurteilte. Sie haben den Erfolg nicht  
hintertrieben können, mit dem die Brauereiarbeiter zufrieden  
zu sein alle Ursache haben.

**Der Streik in der Lohrer Kartonnagenindustrie** nimmt  
weitere Ausdehnung an. Nachdem die Unternehmer jede  
Verhandlung abgelehnt haben, befinden sich jetzt 500 Arbeiter  
und Arbeiterinnen um die Eringung des Koalitionsrechts  
und Erlangung besserer Arbeitsbedingungen im Streik. Da  
die Unternehmer auswärts Arbeitskräfte suchen, sei auf Fern-  
haltung des Zugangs besonders hingewiesen.

**Der Staat als Auftraggeber in der Flugzeug-Industrie.**  
In der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und der großen Ar-  
beitslosigkeit sollte doch erwartet werden, daß der Staat seine  
Arbeitsaufträge nicht ebenso planlos und rücksichtslos vergibt,  
wie mancher Privatunternehmer. Durch die große Heeres-  
vorlage tritt auch eine gewaltige Vermehrung des Flugzeug-  
wesens ein. Bei Vergebung von Aufträgen für Flug-  
maschinen durch die Heeresverwaltung wird gar keine Rück-  
sicht auf den gegenwärtigen Arbeitsmarkt genommen. Im  
letzten halben Jahre wurden von der Heeresverwaltung 150  
bis 200 Flugzeuge in Auftrag gegeben, mit Lieferterminen,  
die es der Flugzeug-Industrie unmöglich macht, bei normaler  
Arbeitszeit die Aufträge erledigen zu können. Die Folge ist,  
daß die in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter Über-  
stunden und Nachtarbeit in großem Umfange leisten müssen.  
So sind in der Flugzeugindustrie wöchentliche Arbeitszeiten  
von 80, 90 bis sogar 100 Stunden nichts seltenes. Welcher  
Raubbau hier mit der Arbeitskraft des Arbeiters getrieben  
wird, läßt sich lebhaft denken. Wichtiger aber ist noch, daß  
bei so forciertem Arbeiten, bei solch einem in der Haft zu-  
sammengesetzten Flugzeuge, dem der Flieger sein Leben an-  
vertrauen muß, die Gefahr besteht, daß das Arbeitsprodukt  
nicht mit der gerade hier notwendigen Sorgfalt und techni-  
schen Sicherheit angefertigt wird. Ein Arbeiter, der täglich  
keine neun Stunden gearbeitet hat, ist nicht mehr in der  
Lage, so intensiven seine Kräfte anzupansern, wie es gerade in  
dieser Industrie notwendig ist, denn ein Versehen beim Bau  
des Apparates kann dem Flieger das Leben kosten. Auch ist  
es notwendig, daß sich ein gewisser Stamm von Arbeitern in  
dieser Industrie ausbilden kann. Bei dem kurzen Bestehen  
dieses Berufsweiges sind genügend geschulte und vorgebildete  
Arbeiter noch nicht vorhanden, sie werden auch vorläufig sich  
nicht heranbilden, wenn so weiter gewirtschaftet wird. In  
diesen Zuständen trägt nun der Staat als größter Auftrag-  
geber mit die Schuld. Die Arbeiter sind der Auffassung, daß  
die Aufträge des Staates mehr auf das ganze Jahr verteilt  
werden sollten. Es würde sich dadurch die Möglichkeit schaf-  
fen lassen, die Betriebseinrichtungen den vorhandenen Auf-  
trägen entsprechend zu einzurichten, daß nur bei Tage und  
ohne Überstunden gearbeitet werden brauchte. Ein Teil  
der Arbeitslosen könnte dadurch Beschäftigung finden. Und  
was vor allen Dingen von Wert für die Industrie wäre,  
es würden gute, qualifizierte Arbeitskräfte in dieser In-  
dustrie Aufnahme finden. Bei der jetzigen Art der Ver-  
gebung von Aufträgen werden Arbeiter über Arbeiter ein-  
geschickt, trotzdem wird noch mit Überstunden gearbeitet, so

daß schon nach wenigen Wochen die Aufträge erledigt sind.  
Ein Teil der Beschäftigten wird entlassen und die übrige  
Teil muß dann verkürzte Zeit arbeiten, bis zu fünf Stunden  
täglich herab. Daß bei dieser Unsicherheit in der Beschäfti-  
gung es der intelligenten Arbeiter vorzieht, sich anderen In-  
dustrien zuzuwenden, kann man ihm nicht verdenken. Um  
nun diesen Mangelzustand soweit wie möglich abzuheben, muß  
verlangt werden, daß der Staat, wenn er noch weitere Auf-  
träge zu vergeben hat, diese unverzüglich ausgibt, um dadurch  
den Betrieben, die sich mit der Herstellung von Flugzeugen  
befassen, die Möglichkeit zu geben, an der Herstellung der  
Flugmaschinen mit Ruhe und genügender Sorgfalt heranzu-  
gehen, was unmöglich ist, wenn die Lieferterminen zu  
kurz bemessen sind. Wohl mag die Heeresverwaltung der  
Meinung sein, daß die Apparate bei der Abnahme kontrolliert  
werden; was solche Kontrolle jedoch besagen will, beweisen  
die vielen Materialschäden, die beim Gebrauch der Flugzeuge  
sich ereignen.

## Soziales.

**Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen.** Der  
Leipziger Wirtschaftliche Ärzteverband versendet an die  
bürgerliche Presse eine Zuschrift, in der er die Behauptung  
aufstellt, daß durch das mangelnde Entgegenkommen der  
Krankenkassen eine Einigung zwischen ihnen und den Ärzten  
zur Unmöglichkeit gemacht werde. Die Ärzte werden des-  
halb einen Abschluß neuer Verträge über den 1. Januar  
1914 hinaus allgemein ablehnen. Die Entscheidung soll  
einem Deutschen Ärztag überlassen werden, der mit  
größter Beschleunigung zusammenzutreten soll. Demgegenüber  
versendet der Verband zur Wahrung der Interessen der  
Deutschen Betriebskrankenkassen eine Erklärung, in der die  
Schuld am Scheitern der Verhandlungen den Ärzten und  
zwar in erster Linie dem Leipziger Verbands zugeschoben  
wird. Beide Organisationen sind davon überzeugt, daß eine  
allgemeine Kriegserklärung der Ärzte an die Krankenkassen  
nicht mehr zu vermeiden ist. Die Kassen richten sich auch  
bereits darauf ein, von dem § 370 der Reichsversicherungs-  
ordnung Gebrauch zu machen, der ihnen gestattet, an Stelle  
der ärztlichen Behandlung ein höheres Krankengeld zu be-  
zahlen.

**Der Kampf des Leipziger Ärzteverbandes gegen die  
Krankenkassen.** Die Tatsache, daß schon in einer ganzen An-  
zahl von Städten eine Einigung zwischen den Ärzten und  
den Krankenkassen zustande gekommen ist, ohne dabei den  
Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes Rechnung zu  
tragen, scheint an den Mächtern des Leipziger Ärzteverbandes  
spürlos vorübergegangen zu sein, denn sonst würden sie nicht  
diese Lehren in den Wind schlagen. Es werden von dort aus  
Forderungen gestellt, die schon moralisch nicht bestehen können.  
Das zeigt sich gegenwärtig bei einem Konflikt der Duis-  
burger Ärzte mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Nicht  
nur haben die Ärzte dort ohne jeden vernünftigen Grund  
zum 1. Januar 1914 der Krankenkasse die Verträge gekündigt,  
sie haben auch jetzt noch die Sperre über Duisburg verhängt,  
um den Zuzug von Ärzten abzuwehren. Um zu beweisen,  
daß den Duisburger Ärzten jedes moralische Recht zu einem  
Kampfe gegen die dortige Ortskrankenkasse fehlt, sei folgendes  
erwähnt: Aus den Jahresberichten von 14 verschiedenen  
Orts- und anderen Kassen aus der Umgebung von Duisburg  
in ungefähr derselben Stärke wie die Duisburger Orts-  
krankenkasse geht hervor, daß diese in bezug auf ärzt-  
liche Honorarzahlgung an der Spitze sämt-  
licher vierzehn Kassen steht. Es wurde von diesen  
Kassen im Jahre 1912 pro Mitglied 5,21 Mk. bis 9,79 Mk.  
für Arzthonorar gezahlt; die Duisburger Ortskrankenkasse  
aber zahlte 10,63 Mk. Aber nicht nur zahlte sie bereits die  
höchsten Honorare, sie hatte sich auch noch zu weiteren Ent-  
gegenkommen auf die Forderungen der Ärzte hin bereit er-  
klärt. Sie erklärte sich zu einer Erhöhung der Etatsquote  
bereit, ebenso zur Verhandlung über einige andere Wünsche,  
lediglich um des lieben Friedens willen. Nur die Forderung  
der Differenzierung der Klassen über 2000 Mk. Entkommen  
hinaus und die bekannte Forderung des Leipziger Verbandes  
nach Ausschneiden der auf Grund des § 176 der R. V. D. zur  
Selbstversicherung Berechtigten lehnte die Kassenverwaltung  
aus sozialen Gründen ab. Und die Folge dieses Entgegen-  
kommens war — Kündigung der Verträge! Eine ganze An-  
zahl Ärzte, die das Unberechtigte der Kündigung einsehen,  
weigerten sich nun, zunächst den Scharfmachern im Duisburger  
Ärzteverein zu folgen. Aber sie wurden überstimmt (24  
gegen 14). Und dann trat die sogenannte Landesorgani-  
sation in Funktion. Noch spät abends fuhr ein Herr  
per Automobil in der Stadt umher, um noch im letzten Augen-  
blick die widerspenstigen Kollegen zur Kündigung der Ver-  
träge zu bewegen. Sie brachten es denn auch fertig, daß sie  
nach 10 Uhr abends dem Vorsitzenden der Duisburger Orts-  
krankenkasse in seiner Privatwohnung von sämtlichen Kassen-  
ärzten die Kündigung überreichen konnten bis auf drei, die  
den Überredungskünsten widerstanden hatten. Und nachdem  
nun, notgedrungen, die Duisburger Ortskrankenkasse amon-  
ciert, um sich anderweitig ärztliche Hilfe zu beschaffen, da  
weiß der Leipziger Verband die Ärzte unter der geradezu  
lächerlichen Behauptung, daß die Kasse un b e r e c h t i g t e r  
w e i s e (!) Ärzte suchte, auf den berichtigten „Verpflich-  
tungsschein“ des Leipziger Ärzteverbandes hin. Es wird  
ihnen unterjagt, unter deutlicher Anspielung auf das ver-  
pändete Ehrenwort, keinerlei Bewerbungen einzulegen.  
Damit ist ein Ärztekonflikt in Duisburg in geradezu frivoler  
Weise herausbeschoren. Ob die Herren große Freude daran  
haben werden, das steht freilich auf einem anderen Blatte.  
— In E i b a u fand eine Versammlung von Krankenkassen-  
vertretern Ostfalens statt, in der beschlossen wurde, Ver-  
handlungen mit den Ärzten einzuleiten. Die Verhandlungen  
sollen spätestens am 21. Oktober beginnen und am 31.  
Oktober beendet sein. Falls die Ärzte sich weigern, in Ver-  
handlungen einzutreten, soll von allen gesetzlichen Mitteln,  
insbesondere auch vom § 370 der R. V. D. (wonach die Kasse  
auf Antrag durch das Oberversicherungsamt ermächtigt wer-  
den kann, statt der Krankenpflege und ärztlicher Behandlung,  
erhöhtes Krankengeld zu geben) gegen die Ärzte Gebrauch  
gemacht werden. Bisher haben die Ärzte Verhandlungen  
mit der Begründung abgelehnt, daß es ihnen vom Leipziger  
Ärzteverband untersagt worden sei, einzelne Verträge mit  
den Krankenkassen abzuschließen.

## Kommunales.

**Gemeindevertreterkonferenz in Bommern.** Sonntag fand  
im Stettiner Volkshaus die erste Konferenz der sozialdemo-  
kratischen Gemeindevertreter der Provinz Pommern statt, auf  
der 34 Gemeindevertreter und 6 andere Delegierte anwesend  
waren. Genosse Landtagsabg. Tisch-Berlin sprach über die  
Aufgaben der Sozialdemokratie in den Gemeinden unter be-  
sonderer Berücksichtigung der Steuerfrage. Der Redner er-  
örterte die verschiedensten Maßnahmen, die von den sozial-  
demokratischen Vertretern ergriffen werden können, um auch  
in den Gemeinden Fortschritt im Interesse der Arbeiterschaft  
zu erzielen. Insbesondere sei die größte Aufmerksamkeit dar-  
auf zu richten, daß das Dreiklassenwahlrecht durch „Reformen“  
der Liberalen nicht noch weiter verschlechtert wird. An der  
Hand verschiedener Beispiele zeigte Redner dann, wie un-  
gerecht die Besteuerung in den Kommunen ist und erläuterte

den Anwesenden Steuerarten, die die Zustimmung unserer Genossen finden müssen. Das Schul- und Bildungswesen müsse von den sozialdemokratischen Vertretern gefördert werden; die Errichtung von Vor- und Mittelschulen sei zu bekämpfen. Verschiedene soziale Fragen fanden dann noch eingehende Besprechung durch den Referenten. Gen. Sirsch betonte, daß die sozialen Aufgaben im Vordergrund unserer Arbeiten stehen müssen und daß überall mit Hilfe der Gemeinden, wie auch ohne sie eine scharfe Bekämpfung der reaktionären Landesgesetze erfolgen muß. — In der längeren Diskussion wurde u. a. die Frage aufgeworfen, wieweit die Angelegenheit betr. die Errichtung einer kommunalen Kunstschule geübt werden könne. Eine derartige Stelle ist dringend notwendig. Weiter wurde angeregt, die „Kommunale Praxis“, die heute in der Hauptsache auf städtische Verhältnisse zugeschnitten sei, möge den Aufgaben der ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden eine größere Aufmerksamkeit widmen. Von verschiedenen Seiten wurde betont, sich in der Gemeindegliederung nicht von kleinstädtischen, rein persönlichen Gesichtspunkten leiten zu lassen, sondern stets grundsätzliche sozialistische Gemeindepolitik zu betreiben. — Nach einem Beschlusse des letzten pommerischen Parteitages wird in Zukunft alljährlich eine Gemeindevertreterkonferenz abgehalten werden.

**Gemeindevertreterkonferenz in Westfalen.** Eine Konferenz sozialdemokratischer Gemeindevertreter aus dem westlichen Westfalen tagte am Sonntag in Dortmund. Sie war von 112 Personen, davon waren 80 Gemeindevertreter, besucht. Zu Informationszwecken war auch ein Vertreter der Regierung anwesend. — Über den ersten Punkt der Tagesordnung, Gestaltung der Wertzuwachssteuer, referierte der Reichstagsabgeordnete und Stadtverordnete Gen. König, der die verwerfliche Bodenpolitik in den Gemeinden trefflich beleuchtete. Auch die Frage der Besteuerung von Grund und Boden nach dem gemeinen Wert statt nach dem Nutzungswert streifte der Referent. Seine Ausführungen gipfelten in der Aufforderung, die Gemeindevertreter mögen schleunigst dafür eintreten, daß den Gemeinden die 50 Proz. der Wertzuwachssteuer, auf die das Reich verzichtet hat, gesichert werden. — In der recht eingehenden Debatte wurden manche noch herrschende Unklarheiten beseitigt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Volksschullast im Industriegebiet“ hatte ebenfalls Gen. König das einleitende Referat übernommen. Er kritisierte das sprichwörtlich gewordene Schulleid in Westfalen, den Lehramangel und die Steuerdrückerei in der Industrie. 63 Gemeinden des Ruhrreviers seien um Erhöhung des Staatszuschusses zu den Schullasten gekommen, weil sie trotz starker Besteuerung der Bürger ihren Pflichten nicht nachkommen können. Der Referent befahte sich auch eingehend mit dem Entwurf eines neuen Kommunalabgabengesetzes, soweit er das Schulwesen betrifft. — Die lebhafteste Debatte wies die großen Schwierigkeiten wieder, die unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu überwinden haben, um einigermaßen erträgliche Schulverhältnisse zu schaffen. Betsch mußten sich die Gemeinden mit Schulamtskandidaten befassen, die alle haben Jahre wechseln. Genosse Hue bekämpfte vor allem das Urteil des Oberverwaltungsgerichts, nach welchem bei der Besteuerung der Rechen auf die Substanzverminderung (die noch anstehenden Kohlen) Rücksicht genommen werden soll. Das Urteil sichere den Rechen Steuerfreiheit. Es gehe von der falschen Voraussetzung aus, daß das, was die Rechen abbauen, ihr Eigentum sei. Die Kohle sei aber doch Nationalvermögen, sie gehöre der Gesamtheit. Selbst bürgerliche Kommunalpolitiker sind dieser Ansicht, die besonders in der Eingabe von 21 Städten und Ämtern des südlichen Ruhrkohlengebietes an das Abgeordnetenhaus wegen der Rechenuntersuchung betont wird. Für die Vergewaltigung des Gemeindegütergesetzes werden also die Unternehmer noch durch Erlaß der Steuer belohnt — das sei die Konsequenz des Urteils. Auf Grund einer bürgerlichen Untersuchung stellte Hue ferner fest, daß z. B. im Kreise Recklinghausen die fortschreitende Industrie die stetig fortschreitende Verarmung der Bevölkerung bedeutet. — Auch die Fortbildungsschulfrage wurde in der Debatte erörtert und es wurde darüber geführt, daß die Rechenherren in den Gemeindevertretungen sich mit aller Macht gegen die Fortbildungsschulpflicht der jungen Bergarbeiter sträuben. Sie wollen die Schullasten und auch den Schaden nicht tragen, den sie angebracht haben, wenn die Bergleute die Fortbildungsschule besuchen müssen. Die Amtmänner und die sozialdemokratischen Vertreter werden von den Rechenvertretern in den Gemeindevertretungen überstimmt. Dann beschäftigte sich die Konferenz noch mit der Stellung der Sozialdemokratie in Gemeinden, in denen sie die Mehrheit der Gemeindevertretung hat. Im Wahlkreis Dortmund-Hörde vertritt die Sozialdemokratie in fünf Gemeinden über diese Mehrheit. Wegen der vorgerückten Stunde konnte aber nur über die Verhältnisse in der Gemeinde Sickinghofen berichtet werden. Unsere Genossen kämpfen dort unter schwierigen Verhältnissen. Meist macht ihnen der Landrat oder auch schon der Amtmann einen Strich durch die Rechnung. Als sie die Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert beschlossen, wurde dieser Beschluß inhibiert, weil diese Steuer für Sickinghofen zu „kompiziert“ sei. Die Beschlussfassung über Schulwesen und Armenwesen wurde der Gemeindevertretung entzogen und dem Amtsvorstand übertragen, in dem noch kein Sozialdemokrat sitzt. Da unsere Genossen gelang es, die Steuern erheblich zu mindern; der Beschluß, die Gemeindebürger mit einem Einkommen bis zu 650 Mk. steuerfrei zu lassen, wurde von der Regierung ebenfalls inhibiert, doch wird diesen Jenseits auf ihren Antrag die Steuer erlassen. Der erwähnte sozialdemokratische Gemeindevorsteher wurde nicht befristet, sondern von der Regierung durch einen kommissarischen Vorsteher ersetzt. — Es wurde überall nach Kräften gute Arbeit geleistet.

## Aus dem Gerichtssaal.

**Wegen Verletzung des Urheberrechts** verurteilte am Dienstag die 3. Strafkammer des Landgerichts Berlin 3 den Schriftsteller Dr. Theodor Lessing zu 100 Mk., den Redakteur der „Schaubühne“, Siegfried Jacobsohn, zu 200 Mk. Strafe, eventuell für je 10 Mk. einen Tag Gefängnis, Unbrauchbarmachung des betr. Artikels sowie der zur Herstellung gedienten Formen und Platten. Lessing war zurzeit Lektor an der Hochschule zu Hannover. In dieser Eigenschaft ging ihm das Manuskript des Sudermannschen Werkes „Der gute Ruf“ zur Beurteilung zu. Dr. Lessing verfasste auf Grund des Manuskripts eine längere Kritik und schrieb einen erheblichen Teil aus dem Manuskript ab. Diese Kritik fandte er zwecks Abdruck an die Redaktion der „Schaubühne“. Die Veröffentlichung erfolgte lange vor der ersten Aufführung des Stückes. Der Verein Berliner Bühnenschriftsteller stellte deshalb wegen widerrechtlichen Nachdrucks Strafantrag, da eine Genehmigung nicht eingeholt worden war und Sudermann sich materiell benachteiligt fühlte. Sudermann, der sich dem Antrage als Nebenkläger angeschlossen hatte, erklärte ausdrücklich vor der Urteilsverkündung, daß er auf Verhängung einer Geldbuße verzichte.

Ein Nachspiel zu dem großen Moabit-Krawall-Prozess beschäftigte am Mittwoch die dritte Strafkammer des Landgerichts 1 Berlin. Wie erinnerlich, wurde damals eine Frau

Elfi Reinhardt wegen Aufruhrs angeklagt, weil sie aus ihrer in der Waldstraße 43 gelegenen Wohnung einen Blumentopf auf die Schuhmannschaft geworfen und, als die Beamten in der Wohnung erschienen, diesen eine brennende Petroleumlampe entgegengeworfen haben soll. Frau Reinhardt wurde nach einigen Tagen verhandlungsunfähig, so daß die Anklage gegen sie abgetrennt werden mußte. Sie hatte sich am Mittwoch, jedoch nur wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, zu verantworten. Die Schulleute hielten die Beschuldigungen gegen die Angeklagte aufrecht. Mehrere andere Zeugen bekräftigten dagegen, es sei zweifelhaft, ob der Blumentopf vom Balkon der Angeklagten geworfen worden sei. Ein Polizeioffizier wollte aber feststellen haben, daß der Topf auf dem Balkon der Angeklagten fehlte. Die Angeklagte selbst gab zu, daß sie zu den Beamten, als sie in ihrer Wohnung erschienen und sie verhaften wollten, bemerkt hat: „Wenn Sie nicht sofort hinausgehen, werfe ich Ihnen die Petroleumlampe ins Gesicht!“ Sie sei an diesem Tage ungemein aufgereggt gewesen, da sie kurz vorher gehört hatte, daß der Arbeiter Herrmann von zwei Schulleuten niedergeschlagen worden sei. Ihr eigener Mann sei kurz vorher in der Apotheke gewesen, um Medizin für ihre erkrankten Kinder zu holen. Ohne jede Veranlassung sei ihr Mann von Schulleuten mit blankem Säbel über den Kopf geschlagen worden, so daß er am Hinterkopf eine tiefe Wunde davontrug. Sie war gerade mit dem Kühen beschäftigt, als fünf Schulleute mit einem Polizeioffizier in ihre Wohnung eindrangen. Mehrere Ärzte bezeugten die Angeklagte als eine ungemein hysterische Person, bei der es zweifelhaft sei, ob sie zur Zeit der Tat in vollem Bewußtsein gehandelt habe. Gerichtsarzt Dr. Strauch begutachtete, daß die Angeklagte wohl sehr hysterisch sei, eine Bewußtseinsstörung liege jedoch nicht vor. Der Vertreter der Anklage beantragte drei Monate Gefängnis. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Oscar Cohn suchte nachzuweisen, daß bezüglich des Blumentopfes die Sache zum mindesten sehr zweifelhaft sei; er beantragte deshalb Freisprechung. Nach kurzer Beratung verkündete der Vorsitzende, der Gerichtshof habe die Schuld der Angeklagten für erwiesen erachtet, jedoch erwogen, daß die Angeklagte eine hysterische Person sei und sich in großer Aufregung befunden habe. Die Angeklagte erhielt zwei Monate Gefängnis, wovon ein Monat auf die Untersuchungshaft abgerechnet wird. Während der Rede des Verteidigers fiel die Angeklagte in Weintränke, so daß die Verhandlung auf eine halbe Stunde unterbrochen werden mußte.

**Schiffahrt Disziplin!** Ein trauriger Fall von „Insubordination“ beschäftigte das Dresdner Oberkriegsgericht, vor dem sich der Arbeiter Soldat Barsch von der Militär-Arbeiterabteilung verantworten mußte. Barsch ist ein im Zivilleben unbeeinträchtigt, aufklärter und politisch als Sozialdemokrat bekannt. Beim Militär bekam er wegen einiger belangloser Verfehlungen verschiedene Disziplinarstrafen und bald danach wegen Ungehorsams, wodurch die Gefahr eines erheblichen Nachteils herbeigeführt worden sein soll, und wegen Beleidigung von Vorgesetzten vom Kriegsgericht eine Gefängnisstrafe von drei Monaten. Und diese strafbaren Handlungen wurden darin erblickt, daß Barsch einmal während des Urlaubs in seiner Heimat ein für Militärpersonen verbotenes Lokal besuchte, dort seine politische Gesinnung preisgab und geäußert hatte, die Unteroffiziere seien die größten Sozialdemokraten. Wegen dieser „Verfehlungen“ wurde er für unwürdig erachtet, bei der Truppe weiter zu dienen, und deshalb in die Arbeiterabteilung gesteckt! Hier führte er sich tadellos und straffrei bis sich eines Tages ein Vorgang ereignete, der ihn abermals vor Gericht brachte. Am 14. Juni kehrte eine Abteilung Arbeitssoldaten vom Arbeitsdienst nach der Kaserne zurück, wobei auch ein über 30 Pfund schwerer Teppich mitgenommen war. Anfangs trugen den Teppich zwei Arbeitssoldaten, dann aber mußte die Last einer nehmen. Vom aufsichtführenden Sergeanten erhielt auch Barsch den Befehl, den Teppich allein zu tragen. Da sich Barsch schon den ganzen Vormittag nicht wohl gefühlt hatte und ihm die Last bei seinem Zustande zu schwer erschien, ging er zum Vorgesetzten und fragte, ob denn nicht ein anderer Soldat helfen könne. Darauf ging der Sergeant aber nicht ein, erteilte vielmehr den ausdrücklichen Befehl, den Teppich zu tragen! Jetzt erklärte Barsch in militärischer Haltung und Form, er könne den Teppich nicht allein tragen, er habe Seitenstechen; und als trotzdem der Vorgesetzte auf Ausführung des Befehls bestand, sagte Barsch: „Ich melde Herrn Sergeanten, daß ich Seitenstechen habe!“ Ungeachtet dessen erteilte der Vorgesetzte einen abermaligen Befehl, den Barsch ebenfalls mit Rücksicht auf seinen Zustand unbesorgt leg. Wegen Beharren im Ungehorsam angeklagt, wurde Barsch vom Standgericht zu 21 Tagen strengem Arrest verurteilt. Aber damit noch nicht genug. Der Gerichtsherr legte Verurteilung ein, weil ihm die Strafe zu niedrig war und Barsch nicht nach § 95 des M.-St.-G.-B. bestraft worden ist. In Beachtung der Verurteilung wurde denn auch das standgerichtliche Urteil für ungültig erklärt und das Kriegsgericht erkannte wegen Beharren im Ungehorsam und ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung auf die Mindeststrafe von sechs Wochen einem Tag Gefängnis, die man nur deshalb auswarf, weil der Angeklagte während des ganzen Vorganges die militärische Form gewahrt hat. Dagegen war das Kriegsgericht der Meinung, daß Barsch die Befehle nicht befolgt hat, weil er Seitenstechen hatte, sondern weil er sich drücken wollte. Gegen dieses ungläubliche Urteil wendete sich Barsch mit einer Berufung und machte geltend, daß ihm eine Insubordination ferngelegen und er nur wegen des Seitenstechens die Befehle nicht befolgt habe. Obgleich der Verteidiger ausführte, daß eine Verurteilung nach § 95 mit Gefängnis in weiten Kreisen nicht verstanden werden würde, bestätigte das Oberkriegsgericht das Urteil und verwurde das Rechtsmittel des Angeklagten!

**Vom Ritualmordprozess in Kiew.** Papstschuf, Hausknecht in der Fabrik Saizew, sagte aus: Die Richter hätten sich oft auf der Lehmneterei im Fabrikhof geschaukelt; sobald Beilis sie jedoch ansah, seien sie davongelaufen. Von Juden hätten auf dem Fabrikhofe nur der Verwalter Dubowit und Beilis gewohnt. Letzteren habe Schneerson, der bartlos ist, häufig besucht. Im März arbeitete auch der Sattler Boris Guldka dort. Schneerson sagte, über die Ermordung Justizhinski und von der Auffindung der Leiche habe er erst aus den Zeitungen erfahren. Er selbst habe Justizhinski, Jenja Tjcheberja und die anderen Knaben nicht gekannt. Baruch Saizew, ein Enkel Jonas Saizew, erklärte, die beiden Juden Dettlinger und Landau seien Verwandte von ihm. Dettlinger komme aus Galizien und sei im Januar in Kiew zu Besuch gewesen. Während der Verlesung der Briefe Beilis, die er aus dem Gefängnis geschrieben hat, sagte Beilis, er habe den zweiten durch Kojaschents beförderten Brief, ohne ihn durchzulesen, unterschrieben. Der Gehilfe des Gefängnisdirektors, Krupinski und der Gefangenenaufseher Dmeljanowski stellen fest, daß der Brief Beilis, welcher bei Kojaschents konfisziert wurde, durch einen verkleideten Auf-

seher der Frau Beilis eingehändigt wurde, nachdem man ihn vorher, um ihn dem Untersuchungsrichter vorzuzeigen, kopiert hatte.

## Aus Nah und Fern.

**Der Tod im Kalischacht.** Aus dem Bezirk Halle wird gemeldet: In dem Kalischacht der Gewerkschaft „Reichskrone“ bei Lissa sind der Zimmermann Paul Hecht aus Wiehe und der Bergmann Schauburg aus Ostramondra beim Zusammenbruch einer Bohre getötet worden. Die Verunglückten waren jung verheiratet.

**Wie man in Deutschland nationale und geschichtliche Erinnerungstage feiert,** das ist jetzt wieder durch die in Leipzig vorgenommene Abherrungsprobe zum 18. Oktober offenbar geworden. Massen von Truppen und Schulleuten überschwebten das Gelände um das Völkerschlachtdenkmal in weitem Umkreise. Soldaten und Polizei übten unter der Leitung höherer Offiziere die umfangreichen Abherrungen, die am 18. Oktober vorgenommen werden, damit das Volk bei dieser völkischen und teutschen Weisheit in respektvollster Ferne gehalten werden kann. Deutschland, Deutschland über alles.

**Eine neue Nummer.** Der „Kölnner Lokalanzeiger“ brachte in seiner Nummer 278 diese Anzeige:

### Parteitag in Jena

#### Massenstreik

#### Steuerbewilligung.

Herr Theodor Linfert redet am kommenden Freitag, dem 10. Oktober, abends 9 Uhr, über dieses Thema in der regelmäßigen Versammlung des Winthorfbundes des Köln-Mitte im Apostelndrau. Den sozialdemokratischen Standpunkt vertritt als Korreferent Herr Gewerkschaftssekretär L. Sedlmayr. Bitte Parteifreunde mitbringen. Der Vorstand.

Jeder Unbefangene muß nach der Ankündigung natürlich glauben, daß die Schwarzen plötzlich tolerant geworden sind und einem Sozialdemokraten gestatten, seine sozialistischen Anschauungen in einer Zentrumsversammlung zu vertreten. Vorläufig ist dem noch nicht so, denn das Zentrum hält an seinen bewährten „geistigen Kampfmitteln“ Andersdenkenden gegenüber fest. Herr Sedlmayr wird kein Maßkrug an den klugen Kopf geflossen sein, auch brachte er keine nähere Bekanntschaft mit dem Zentrumsführer zu machen, denn er ist christlicher Gewerkschaftssekretär, der den sozialdemokratischen Standpunkt mit zentruntsüchtiger Wahrheitsliebe nur münzte.

**Der zurechtgewiesene Kriegsgerichtsrat.** Im dem Krupp-Prozess, der vor dem Berliner Kriegsgericht spielte, hat der die Anklage vertretende Kriegsgerichtsrat Dr. Weit die angeklagten Feingewerksmeister „Schreiberleuten“ genannt. In den Kreisen der Beamten, die den Feingewerksmeister gleichgültig, hat man diese Art der Charakterisierung sehr unangenehm empfunden, konnte aber bei der Abhängigkeit, in der sich jene Kreise befinden, nicht anders vorgehen, als mit einer Bitte an das Kriegsministerium, dem überschneidenden Anklagevertreter das Unzulässige seiner Handlungsweise klarzumachen. Das Kriegsministerium hat nun den Reichswehrführern durch die Militär-Intendanturen erklären lassen, daß der Kriegsgerichtsrat nach seiner eigenen Angabe mit dem Ausdruck „Schreiberleuten“ nicht den ganzen Stand, sondern nur die unter Anklage stehenden Personen gemeint habe. Das Kriegsministerium habe dem Kriegsgerichtsrat mitgeteilt, daß der von ihm gebrauchte Ausdruck zu vermeiden gewesen wäre. — Dem Kriegsgerichtsrat Dr. Weit wird dieser gelinde Ruffel ganz gewiß nicht Schaden bringen, denn Schneidigkeit auch dort, wo sie nicht angebracht ist, findet im preussischen Staate immer noch ihre Belohnung.

**Die Heeresverwaltung als Arbeitgeber.** Jede Militärhose 1 Mark; Zutate werden geliefert. Die neue Heeresvorlage ist bekanntlich nicht unter Dach und Fach gekommen, ohne daß die Heeresverwaltung sich gewissen Bedingungen unterworfen hätte, durch die verhütet werden soll, daß weiterhin Lieferungen zu Schundpreisen vergeblich werden. Die Heeresverwaltung ist geborgen. Aber von dem alten System können die verantwortlichen Stellen, wie es scheint, nicht lassen. Erbauliche Saaten wurden in dieser Beziehung auf der Handwerker Tagung des Regierungsbezirks Minden vorgetragen, die dieser Tage in Bünde stattfand. Da teilte z. B. ein Vertreter aus Deynhäusen mit, daß die Schneiderinnung Deynhäusen 418 Militärhosen in Auftrag bekommen hätte, aber zu einem Markelohn von nur 1 Mark. Außerdem müßten die Schneider, an die die Arbeiten durch die Innung verteilt worden seien, die erforderlichen Zutate noch vom Fiskus kaufen. Für den Handwerkskammersekretär waren diese Mitteilungen der Anlaß, auf die Grundzüge näher einzugehen, die vom Bekleidungsamt Münster — das zuständige Korpsbekleidungsamt — bei der Vergabe von Lieferungen befolgt würden. Die Entlohnungen werden nach den von den Ortspolizeibehörden mitgeteilten ortsüblichen Tagelöhnen festgesetzt. Dadurch kommt es, daß beispielsweise in Löhne — einem Landorte — für einen Waffentrock 10 Mk., in Bielefeld dagegen nur 9,80 Mk. bezahlt würden. In Paderborn habe sich der Preis auf dieser Grundlage sogar nur auf 6,80 Mk. über 7,50 Mk. gestellt. Die Paderborner Innung habe infolgedessen überhaupt auf Übernahme von Arbeiten verzichtet. Das ist nun einmal der Grundlag beim Militär: Nach oben hin schiefweise, nach unten hin so, daß ein normaler Mensch kaum sein Leben davon fristen kann. Daß infolge gewisser Missetände, die unsere Innungskrauter am eigenen Leibe treffen, auch diesen sonst recht militärischen Leuten der Star gestochen wird, beweisen einige Ausführungen von Handwerksmeistern aus Minden. Nach ihren Angaben ist in umfangreicher Weise das Ausweichen der Kasernen durch Soldaten erfolgt; und ferner haben noch in allerletzter Zeit ein Offizier und ein Stabsarzt in ihren Wohnungen Malerarbeiten bis zu 600 Mark durch Soldaten ausführen lassen. Das hat das Blut der Handwerker so in Wallung gebracht, daß sie ausdrücklich sagen:

„Wenn Soldaten noch Zeit haben, derartige Arbeiten auszuführen, dann haben die recht, die eine Verkürzung der zweijährigen Dienstzeit fordern.“

Sehr richtig! Daß die Soldaten Zeit dazu haben, wird eben durch die Vorkommnisse dieser und anderer Art zur Genüge bewiesen. Es ist aber sicherlich ein merkwürdiges Zeichen der Einsicht, daß trotz dieses Anschauungsunterrichts die Herren Zünftler konservativen Spuren folgen, d. h. Leuten, die die Durchsetzung des öffentlichen Lebens mit militärischem Geiste auf ihre Fahne geschrieben haben.

**Patriotische Abrihtung der Schulkinder.** Einen großen Klubb wollen unsere Patrioten am 18. Oktober, dem Tage der Einweihung des Völkerschlachtdenkmal in Leipzig, veranstalten. Die Vorbereitungen dazu werden überall eifrig

**Verleihen. Mächtig müssen auch die Schulkinder gehalten.** Der Vogel hat ein Herr Dr. Wötcher von der Hiftschule für Schwachbefähigte in Leipzig abgeschossen. Der Herr ordnete, wie die „Leipziger Volkszeitung“ berichtet, an, daß an die Tafeln in den Schulzimmern diese Verflügung geschrieben wird:

Die Kinder bilden von 1/10 bis 2 Uhr Spalier. Wünschen Sie, daß Ihr Kind daran teilnimmt? Diese Verfügung müßten die Kinder abschreiben und zu Hause ihren Eltern vorlegen. Gleichzeitig wurden den Kindern die Stichworte für einen Aufsatz gegeben. Hier sind sie:

**Lieber Onkel!**

Erinnerung, Feier, 17. Oktober Aktus, Teilnahme, 18. Oktober, Völkerschlachtdenkmal, geschmückte Gäfte, Kaiser, König, Fürsten, Einzug, Spalier, Feier am Denkm., Weiberrede, Gesangverein, Illumination, Einladen, Eltern willkommen.

Auf Deine Zusage hoffend grüßt Dich

Dein Neffe.

Auf diese Art und Weise sollen also die Schwachbefähigten für die hurrapatriotische Veranstaltung begeistert werden. Die schwachbefähigten Kinder sollte man schon aus Mitleid aus dem Spiel lassen und sich mit den vielen Tausenden von schwachbefähigten Erwachsenen begnügen, an denen es am 18. Oktober zur Gärnierung der Feststaken sicherlich nicht fehlen wird. Die Bürger werden am 18. Oktober förmlich unter Polizeiaufsicht, die schwachbefähigten Kinder dagegen vor die Front gestellt. Und das alles zusammen nennt man dann eine echte völkische und kerndeutsche Volksfeier.

**Von einem Hirsch ausgepickt.** Aus Bückeburg wird gemeldet: Ein 71 Jahre alter Mann ging im Geflügelpark des Prinzen Hermann spazieren. Er muß dann das Gitter eines Zwingers überklettert haben, in dem sich ein 5 Jahre alter Hirsch befand, wahrscheinlich in der Absicht, einige an der Erde liegende Äpfel aufzuheben. Der Hirsch ging auf den alten Mann los, nahm ihn auf das Geweih und richtete ihn schrecklich zu. Leider wurde der Vorgang von zwei im Park beschäftigten Mädchen erst beobachtet, als es für den Bedauernswerten bereits zu spät war. Auf die Hilferufe der Mädchen kam ein Angestellter herbei und streckte den Hirsch mit einer Kugel nieder. Der alte Invalide gab nur noch schwache Lebenszeichen von sich und war bald darauf tot.

**Der Flug nach Spanien oder: Die Taube auf dem Dache.** Ein Abenteuer, bei welchem er fast wie durch ein Wunder dem sicheren Tode entronnen ist, hat der Flieger Reichelt erlebt, der auf einer Harlan-Taube nach Sanft Sebastian fliegen wollte. In der Nähe der Ortschaft Morsbach bei Weisköhl nahe der französischen Grenze blieb aus noch unangeklärter Ursache der Motor in 2000 Meter Höhe stehen. Alle Anstrengungen halfen nichts. Der Mercedes wollte nicht mehr! Lange Ueberlegung war nicht möglich und so ging Reichelt denn in möglichst flachem Gleitflug hernieder, um den unvermeidlichen Ausprall auf den Boden wenigstens zu mildern. Der Barograph sank und sank, bis Reichelt und sein Begleiter schließlich kaum mehr 30 Meter über dem Boden waren. Nun galt es einen Landungsplatz zu suchen. In der Dunkelheit war jedoch nichts zu erkennen. Pflöcklich erhielten die Flieger einen furchtbaren Stoß. Das Flugzeug bohrte sich in irgendeinen harten Gegenstand, der krachend nachgab. Das Untergefüß brach an dem Flugzeug weg und dann hielt der Apparat nach einigen Schwankungen still. Einige Augenblicke war alles ruhig. Dann aber tauchten plötzlich schreiende und weinende Menschen auf. Reichelt war noch immer nicht im klaren, wo er denn eigentlich gelandet sei. Erst beim Licht einiger Laternen sah er zu seinem Entsetzen, daß er sich auf dem Dache eines unter dem gewaltigen Anfall zusammengebrochenen Hauses befand. Ein Blick auf den Passagierstuhl zeigte ihm, daß auch sein Begleiter unverletzt sei. Nun befreiten sich die Flieger vorsichtig aus den Trümmern der Maschine und erreichten den Boden. Glücklicher-

wiese wären auch die Hausbewohner mit dem Schrecken davon gekommen. Reichelt lehrte nach Berlin zurück. Er hat eine Strecke von 425 Kilometer zurückgelegt.

**Der Brand des „Vulturino“.** Der Blonddampfer „Großer Kurfürst“ traf mit 105 Geretteten vom „Vulturino“ in Neugorl ein. Er wurde von allen Schiffen im Hafen mit Flaggenschmuck und Signalen begrüßt. Eine riesige Menschenmenge war auf den Kais versammelt; sie brachte dem Kapitän und der Mannschaft des „Großen Kurfürsten“ einen stürmischen Willkommenruß dar und feierte sie als Helden. — Der dritte Offizier des Dampfers „Vulturino“, der sich unter den an Bord des „Großen Kurfürsten“ genommenen Schiffbrüchigen befindet, sagt aus, daß die Explosion am Donnerstag morgen 80 bis 90 Personen des Zwischendecks völlig überrascht habe. Diese seien entweder sofort ums Leben gekommen oder lebendigen Leibes verbrannt. — Alle von dem „Großen Kurfürst“ aufgenommenen Passagiere des Dampfers „Vulturino“ sind Männer. Der dritte Offizier des „Vulturino“, Dießelmann, erklärte, das Feuer sei durch die Explosion eines Ölbehälters oder von Chemikalien verursacht worden. Die Passagiere hätten sich panikartig auf Deck gedrängt, während weitere Explosionen, Kanonaden ähnlich, erfolgt seien.

**Die entsetzliche Grubenkatastrophe in England** wird leider 393 Menschen das Leben gekostet haben. Die Feuersbrunst war gelöscht, man schickte Rettungsmannschaften in die Grube, die 21 Lebende und auch 26 Leichen bargen. Die Geretteten waren durch eine Erdwand vor Feuer und Schwaden geschützt, aber sie wurden in größter Erschöpfung aufgefunden. Gestern nachmittag brach dann von neuem in der Grube Feuer aus. Nun ist es wohl leider völlig ausgeschlossen, daß man noch Lebende wird retten können. **Das Schicksal von 393 braven Bergarbeitern ist unbekannt.** Sie sind wahrscheinlich auf dem Schlachtfeld der Arbeit geblieben.

Das Unalück auf dem Kohlenbergwerk „Universal“ in Senghenith ist das Schrecklichste, das sich je in Südwales ereignet hat. Gegen 8 Uhr morgens wurde in einem Umkreise von mehreren Meilen eine dumpfe Detonation gehört. Männer, Frauen und Kinder eilten zu den Schachtanlagen, wo sie erfuhrten, daß eine Explosion, die den Schacht in Brand setzte, kurz nach dem Einfahren der Tageslicht erfolgte sei. Nach allen Landesteilen wurde sofort um Hilfe telephoniert. Um 9 Uhr stiegen die ersten Rettungsmannschaften in den Schacht. Eine Stunde blieb man ohne Nachricht. Gegen 11 Uhr wurde bekannt, daß etwa 300 Bergleute gerettet seien. Sechs Leichen wurden zutage gefördert. Den ganzen Nachmittag über standen Tausende von Leuten am Schacht, Nachrichten über ihre Verwandten erwartend. Es spielten sich erschütternde Szenen in dem Augenblick ab, als die Leichen vorübergetragen wurden. Ein Frau rief, als sie einen Blick auf die Bahre geworfen hatte: „Das ist mein Vater!“ Dann fiel sie in Ohnmacht. Von dem König ist eine Depesche eingetroffen, in der er seine und der Königin aufrichtige Teilnahme ausdrückt. Abends erklärte der Chefinspektor der Bergwerke von Südwales: „Auf der östlichen Seite des Bergwerks sind alle gerettet worden. 418 Mann befinden sich noch in den westlichen Schächten jenseits des Brandherdes, der sich in dem Durchgang befindet, durch den die Luft in die Schächte geführt wird. Man tut alles Mögliche, um die Luftzufuhr ausrechtzuerhalten. Wir halten bis zum letzten Augenblick an der Hoffnung fest.“

**Eisenbahnunglück.** Der Expresszug aus Manchester stieß auf dem Jamesbahnhof in Liverpool mit einem anderen Zuge zusammen. Sechs Leichen sind geborgen worden. — Der Zusammenstoß erfolgte dadurch, daß ein in die Halle einlaufender Zug auf den Zug aus Manchester, der auf dem Bahnhof hielt, aufstieß. Der letzte Wagen des Manchesterzuges wurde zerschmettert; er war nach Hull bestimmt und zum größten Teil von nach dem Kontinent reisenden Personen besetzt. Von den Insassen der übrigen Wagen ist niemand ums Leben gekommen.

**Noch ein brennender Dampfer.** Nach einer aus Havana fax eintreffenden Meldung brach auf dem Dampfer „Arcanum“ der Uranium-Linie, der auch der „Vulturino“ gehörte, auf seiner Fahrt von Neugorl nach Rotterdam im Lagerraum Feuer aus. Alle Versuche zu löschen scheiterten; Offiziere und Mannschaften wurden von den Flammen immer wieder vertrieben. Hierauf wurden die Lufer verlassen und der Dampfer fuhr mit seinen 250 Passagieren nach Halifax, das er glücklich erreichte. Der Brand wurde dort gelöscht.

**Das Raubtier-Rästel auf der Stubalpe.** Nach einer neuen Meldung aus dem Gebiete der Stubalpe (in Steiermark), wo, wie berichtet, seit einer Reihe von Monaten unbekannte Raubtiere den Schrecken der dortigen Bauernschaft bilden, soll es sich tatsächlich um einen Löwen und einen großen Wolf sowie zwei kleinere Raubtiere, Luchs und Puma handeln. Die Tiere sind dort bereits seit Anfang dieses Jahres aus einer Menagerie in einem Orte Obersteiermark, deren Käfige morsch waren, entwichen. Dieser Tage hat wieder eines der Tiere, die trotz ausgehörter hoher Belohnung und der Anstrengungen Hunderte von freiwilligen Jägern bei der großen Ausdehnung des Stubalpegebietes noch nicht zur Strecke gebracht werden konnten, einen 1 1/2 Jahre alten Stier getötet und fast ganz aufgefressen. Das Raubtier ist dem Stier auf den Rücken gesprungen und hat ihm die Wirbelsäule glatt durchgebissen, was auf eine große Rage schließen läßt. Da in diesem Gebiete sehr bald Schnee fällt, glaubt man, daß es gelingen wird, in den nächsten Tagen die Art der Tiere aus den Fährten endgültig festzustellen.

**Zur Probe im Zuchthaus.** Thomas Mott Osborne, der Präsident des vom Staate Newyork eingeleiteten Rates für Gefängnisreform, ist am Sonntag aus dem Zuchthaus von Auburn „entlassen“ worden. Acht Tage lang hat sich Osborne freiwillig ins Zuchthaus sperren lassen, hat das Leben eines Sträflings geführt, alles nur „zur Probe“, um am eigenen Leibe die Wirkungen des Gefängnislebens kennen zu lernen. Das Urteil, das er nach dieser Koitprobe des Zuchthauslebens fällte, war sehr scharf; er kritisiert sehr streng das Verhalten der Gefängnisbehörden. Vor allem wendet er sich gegen die Bestimmungen, die den Sträflingen das Sprechen verbieten. „Das ist im höchsten Maße wider natürlich und trägt dazu bei, alle menschlichen Regungen zu unterdrücken. Wenn mein Nachbar seine Portion Zucker mit mir teilen wollte, flüsterte er das Wort Zucker in den leisesten Halbtönen. Das erste, was der Sträfling zu erlangen sucht, ist die Fähigkeit, zu sprechen, ohne die Lippen zu bewegen und die leisesten Worte zu hören.“ Dann erzählte Osborne von den Schrecknissen der Einzelhaft, die ihm einen Blick in das „Inferno“ gegeben habe und kritisierte die bürokratisch einseitigen Anschauungen der Behörden. „Diese Tage im Zuchthaus haben mich viel gelehrt und sollen vielen Menschen Nutzen bringen.“ Es wäre gut, wenn jeder Richter und Staatsanwalt die Strafen aus eigener Erfahrung kennt, zu denen er andere verurteilt.

**Heiteres.**

**Nicht stören!** Gast (der schon lange auf die Zeitung wartet, ungeduldig): „Was sagen Sie, die Zeitung würde noch immer gelesen? Sie sind zu faul, danach zu suchen! Rufen Sie mir mal den Herrn Oberkellner!“ — Wiktolo: „Der liest sie ja gerade!“ (Aus „Lustige Blätter“.)

**Der Mime.** Arzt (zum kranken Schauspielers): „Ich kann Ihnen von nun an nur ein Glas Bier täglich gestatten.“ — Acht Tage später: Arzt: „Ich hoffe, anständige Frau, Ihr Mann hat sich an meine Anordnung bezüglich des Bieres gehalten?“ — „Ganz genau, Herr Doktor, aber er hat jetzt schon vier Wochen Vorwurf!“

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: T. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.  
Sämtlich in Lübeck.

**Verkauf lebender Butt**

vom Boot aus  
am Freitag, dem 17. Oktober  
vormittags von 8 Uhr ab an der  
Dankwartsbrücke,  
Holstenbrücke,  
Eufiner Brücke  
und  
Hüfterortbrücke. 7819

Komitee- und  
Kommissionssitzungen

**D. T. V.**

Vorstands-Sitzung  
am Freitag, d. 17. Oktober  
7817) abends 8 1/2 Uhr.  
Der Vorstand.

Deutscher  
Transportarbeiterverband

**Nachruf.**

Den Mitgliedern die traurige  
Nachricht, daß unser Mitglied, der  
Rudolf  
**Heinrich Stricker**  
im Alter von 62 Jahren gestorben ist.  
Seine letzten Gedanken!  
Die Beerdigung findet am Freitag,  
den 17. Oktober, vormittags 9 Uhr,  
an der Karolt-Gräber anstatt.  
Veranstaltung des Gefolgtes um  
1/2 Uhr vormittags im Lokale  
„Liedertafel“.  
Unsere rege Anteilnahme erwidern.  
Der Vorstand.

**„Unsere Marine“**  
Erstklassig  
Die beste  
2 Pfg.  
Cigarette  
GEORG A. JASMATZI A.G. DRESDEN  
GRÖSSTE DEUTSCHE  
CIGARETTENFABRIK

Für die Gratulationen und Ge-  
schenke zu unserer Hochzeit danken  
herzlich  
G. Bensecke u. Frau,  
geb. Grimm.

Dankagung.  
Für die herzliche Teilnahme und  
zahlreichen Kranzsenden bei der  
Beerdigung meiner lieben Frau  
danken herzlich  
Hermann Tang u. Familie.

**Tüchtige Arbeiterinnen**  
werden gesucht.  
Heinr. Ihde Nachfl.  
Töpferweg. 7829

Eine junge Frau  
sucht Beschäftigung in den Abend-  
stunden. Angebote unter R B 71  
an die Expedient dieses Bl. (7816)

Zum 1. Januar eine 3-Zimmer-  
Wohnung zu vermieten. (7805)  
Vorwerk, Bogentstraße 3 a.

Eine 2-Stuben-Wohnung zum  
1. Januar 1914 oder früher zu ver-  
mieten. (7827)  
Elsmigstraße 5 a.

**Ein Paar neue Schnürschuhe**

Größe 40, für 2.50 Mk. zu verkauf.  
7828) Glandorffstraße 41. part.  
Fortzugshalber billig zu verkauf.  
Fühnerhall, echte Kaffeekuchen,  
Ch. u. Futterkart., braune Blüsch-  
gar. Kur. (7813) Elsmigstr. 13 b.

**Dr. Seitz  
Fackenburg**

wohnt jetzt Segeberger Str. 16  
Sprechstunden: (7804  
vormittags 7 1/2—9, nachm. 2—3 Uhr.  
Fernsprecher Amt Lübeck 1494.

**Käse-Lager Schlumacherstr. 12**

Detail-Verkauf a. d. Diete. (7466  
la. Schweizerkäse ) Wfd. 70 Pfg.  
Holl. Rahmkäse )  
Tilsiter Vollfettkäse Wfd. 50—70 Pf.  
la. Limburgerkäse Wfd. 40 Pfa.

**Die Arbeiter-Warderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von  
Lübeck **Otto Albers** Kohlms.  
Markt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch  
gute Verarbeitung u. sehr billige  
Preise. U. a.:  
Leberhosen . . . 2.20—6.45  
Maurerhosen . . . 2.60—6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25  
Überziehhosen . . . 1.08—2.35  
Zwirn-Hosen . . . 1.68—3.25  
leinene Hosen, schräge u. gerade,  
1.28, Kragen, Hemden, Schlachter-  
jacken, Friseurjacken, Malermäntel  
erkautlich billig. Mützen von 30  
Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecam.

Wie bekannt, zahle die höchsten  
Preise für Hausstandsgegenstände,  
Zeitungen, Eisen, Metalle, Men-  
tuch, Lauc. (1225  
Fernruf 2430. Postkarte genügt.  
Waisenhofstraße 25.

Freitag morgen  
verkaufe auf  
dem Bröllings-  
platz: Frische Seefische, Hamburger  
Stint Pfund 20 Pfg., Goldbutt,  
Dorsch billigst. (7821  
**Boy, Fischhandlung, Marktstr. 46.**